

"Aufmachung der Roosevelt- Botschaft an den Führer und Mussolini mindestens zweispaltig auf der ersten Seite, Kommentar von äußerster Schärfe, aber ohne offiziellen Anschein; Stichworte: Roosevelt ein zweiter Wilson. Erst Hetzer, dann Friedensapostel.....Zwei Zeitungen werden auf allerhöchster Anweisung die Schlagzeilen bringen: "Plumper Ablenkungsschwindel".(48)

(f) Gleichschaltung von Kultur u. Wissenschaft

Schaffung des Reichskulturkammergesetzes:

§1 Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird beauftragt und ermächtigt, die Angehörigen der Tätigkeitszweige, die seinen Aufgabenkreis betreffen, in Körperschaft des öffentlichen Rechts zusammenzufassen:

§2 Gemäß §1 werden errichtet:

1. Eine Reichsschrifttumskammer, 2. eine Reichspressekammer, 3. eine Reichsrundfunkskammer, 4. eine Reichstheaterkammer, 5. eine Reichsmusikkammer, 6. eine Reichskammer der bildenden Künste.

...die Körperschaften werden (mit der Reichsfilmkammer) zu einer Reichskultur vereinigt. die Reichskulturkammer steht unter der Aufsicht des Reichsministers für Volksaufkl. u. Propaganda.

Sinn der Reichskulturkammer (Rede Goebbels)

....Sie beseitigt nur noch mechanisch wirkenden Organisationsüberbleibsel der vergangenen Zeit, die der freien Entwicklung unseres kulturellen und künstlerischen Lebens im Wege standen....Der Staat will seine schützende Hand darüber halten....

Gesetze über die Einziehung entarteter Kunstwerke:

§1...Erzeugnisse entarteter Kunst können ohne Entschädigung zugunsten des Reiches eingezogen werden. Die Einziehung ordnet der Führer u. Reichskanzler an.

Rassegedanke in der Wissenschaft: Prof. Dh. Lenard

....Die Wissenschaft ist rassistisch, blutmäßig bedingt, wie alles, was Menschen hervorbringen...Völker anderer Rasse-mischungen haben eine andere Art Wissenschaft zu treiben.(49-53)

g) Recht

Leitsätze des Reichsrechtsführers Frank(14, 1.36)

...Der Richter hat die konkrete völkische Gemeinschaftsordnung zu wahren, Schädlinge auszumärzen, gemeinschaftswiedriges Verhalten zu ahnden und Streit unter Gemeinschaftsmitgliedern zu schlichten.

.....Grundlage der Auslegung aller Rechtsquellen ist die nationalsozialist. Weltanschauung, wie sie insbesondere in dem Parteiprogramm und den Äußerungen unseres Führers ihren Ausdruck findet.

....Gegenüber Führerentscheidung....steht dem Richter kein Prüfungsrecht zu. Errichtung des Volksgerichtshofes:

§1. Zur Aburteilung Von Hochverrats- und Landesverrats-sachen wird der Volksgerichtshof gebildet.

§5 Gegen Entscheidung des V-gerichtshofes ist keinerlei Rechtsmittel möglich.

Im Sommer 1945 strömten täglich 30 000 Menschen durch Berlin. Sie waren aus ihrer Heimat im Osten vertrieben und suchten Schutz im Westen. Indessen fand die Konferenz der Sowjets, Amerikaner und Engländer statt, auf der Deutschlands künftiges Schicksal beraten werden sollte. Das Reich hatte bedingungslos kapituliert. Eine Regierung, mit der die Sieger verhandeln konnten, gab es nicht mehr. In der Konferenz von Potsdam einigten sich die Siegermächte über die künftige Behandlung Deutschlands. Die Aufteilung in Besatzungszonen wurde bestätigt, jetzt allerdings unter Beteiligung Frankreichs als Besatzungsmacht. Umstritten war nach wie vor die Frage der polnischen Westgrenze. Wiederum wurde eine Festlegung vermieden, die endgültige Grenzziehung als Empfehlung der Regierungschefs der künftigen Friedenskonferenz vorbehalten. Da in Jalta Polen deutsche Gebiete zugedacht werden sollten, glaubte Stalin den Polen einen Teil Deutschlands geben zu können. Er sagte, daß in jenen Gebieten die Bevölkerung sowieso in ihrer Mehrheit polnisch sei. Der wahre Grund aber war, daß sich die Sowjets alle polnischen Gebiete östlich der Curzon-Linie angeeignet hatten und sie bemühten sich jetzt ~~den~~ Polen auf Kosten der drei übrigen Besatzungsmächte zu entschädigen. Er wollte die Auslieferung der ostdeutschen Landwirtschaft und oberschlesischen Industrie an die Polen, um ein Wiederaufleben der deutschen Macht zu verhindern. Stalin sagte: "Je weniger Industrie Deutschland habe, desto größer werde der Markt für britische und amerikanische Erzeugnisse sein. Deutschland sei ein gefährlicher Konkurrent, wenn man es nicht niederhalte. Um nun jeden weiteren Disput zwischen den drei Mächten wegen jener Gebiete zu vermeiden, ging der amerikanische Vorschlag auf die interimistische Verwaltung durch die provisorische Regierung Polens ein. Doch sei es deshalb nicht nötig, den Polen einen Sitz im Kontrollrat einzuräumen. Die Häupter der drei Regierungen begründeten ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Außerdem stimmten die Häupter der drei Regierungen mit der Auffassung überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße Linie entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des teiles Ostpreußens, der nicht unter der Verwaltung der UdSSR in Übereinstimmung mit den auf der Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird. Außerdem hat die Konferenz beschlossen, die restlichen Deutschen, aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn in humaner Weise nach Deutschland zu überführen. Danach kam die Frage der Reparationen. Man einigte sich, daß die Besatzungsmächte die Reparationen aus ihren eigenen Zonen decken sollten und die Höhe der Reparationen vorerst offen bleibe.

## Die Ausbreitung des Krieges nach dem Westen.

Nachdem Hitler den Feldzug gegen Polen abgeschlossen hatte, richtete er einen Friedensappell an die Westmächte (Reichstagsrede vom 6.10.1939) der aber wirkungslos blieb. In diesem setzte er seine Ziele fest:

- 1) Die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird.
- 2) Die Gewährleistung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung.
- 3) Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben.
- 4) Die Herstellung nicht nur der Überzeugung, sondern auch des Gefühls der Sicherheit. Zurückführung der Rüstung auf ein vernünftiges und auch wirtschaftlich tragbares Ausmaß. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes im Westen ist undenkbar. Wenn es zu einem Kampf kommt, wird die Volkskraft auf den Schlachtfeldern verbluten. Eines Tages wird aber zwischen Deutschland und Frankreich doch wieder eine Grenze sein. Dieses Leid will ich meinem Volke ersparen.

Nach der Ablehnung des Friedensangebotes durch Chamberlain und Daladier entschloß sich Hitler eine große Offensive durch die Niederlande und Belgien in Richtung auf die Kanalküste herbeizuführen. Diesen Schritt begründet er mit den Worten: Die steigende Volkszahl fordert größeren Lebensraum. Ich sehe im Kampf das Schicksal aller Wesen. Wir können Rußland nur entgegentreten, wenn wir im Westen frei sind. Alles geht darauf hinaus, daß jetzt der Moment günstig ist, in 6 Monaten kann es aber vielleicht nicht mehr so sein. Die Zeit arbeitet für den Gegner. Ein längeres Abwarten führt vielleicht zur Beseitigung der Holländischen und Belgischen ~~Armeen~~ Neutralität zugunsten der Westmächte. Ich werde danach handeln. Heute haben wir noch Überlegenheit wie wir sie noch nie gehabt haben.

Der Angriff begann am 10. 5. 1940. Wenn es nach Hitler gegangen wäre, hätte er nicht erst im Mai 1940 sondern schon im Herbst 1939 stattgefunden. Er griff Frankreich über Belgien und Holland an. Sein Plan brachte raschen Erfolg, so daß die niederländische <sup>Armee</sup> nach 5 - die belgische nach 18 Tagen kapitulierte. Am 20. 5. ließ Hitler die deutschen Panzerverbände zwei Tage stillhalten, sodaß sich über 350 000 Engländer und Franzosen, die bei Dunkirchen eingekesselt waren über den Kanal retten konnten. Churchill versuchte immer wieder Frankreich zum Weiterführen des Krieges zu bewegen. Am 10. Juni tritt Italien an Deutschlands Seite in den Krieg ein. Am 21. Juni erfolgt der Waffenstillstand zwischen Frankreich und Deutschland und Italien. Frankreich gibt sich geschlagen, ~~nachdem die Front bei~~ Am 22. 6. unterzeichnet Pétain den Waffenstillstandsvertrag. Die deutschen Truppen besetzen Nord- und Mittelfrankreich und die Atlantikküste bis zur spanischen Grenze.

Nun bleibt nur noch England als Gegner übrig. Wieder versucht Hitler ein Friedensangebot zu machen. Aber England lehnt wieder ab.

Seite 127/ Absatz 144

Rede des Außenministers Graf v. Brockdorff - Rantzau beim Empfang des Friedensvertragsentwurfs in Versailles am 7. V. 1919.

Er gesteht die Niederlage des Deutschen Volkes ein, kennt die Welle des Hasses, der den Deutschen entgegentritt und hat gehört, daß der Sieger uns als die Verlierer zahlen läßt. Er ist nicht damit einverstanden, daß die Deutschen als die Alleinschuldigen am Krieg bezeichnet werden und bestreitet nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet sei.

Seiner Meinung nach war die russische Mobilmachung Schuld am Krieg.

Er sagt, man solle den Waffenstillstand nicht vergessen und erinnert an die Hunderttausende von Nichtkämpfern, die seit dem 11. November an der Blockade mit kalter Überlegung getötet wurden, nachdem der Sieg für die Gegner errungen und verbürgt war.

Er wiederholte auch von Neuem die Forderung nach einer unparteiischen Untersuchung und sagt, daß das Deutsche Volk bei dieser Konferenz nicht schutzlos sei und betrachtet das Recht als unseren Bundesgenossen.

Wir hören, daß die Deutsche Regierung am 5. Oktober 1918 die Grundsätze des Präsidenten der Vereinigten Staaten als Friedenbasis vorgeschlagen hat und ihr der Staatssekretär Lansing am 5. November erklärt habe, daß die Alliierten und die Assoziierten Mächte mit dieser Basis unter zwei bestimmten Abweichungen einverstanden seien.

Die Grundsätze des Präsidenten Wilson sind also für beide Kriegsparteien bindend geworden.

Er versichert die Bereitwilligkeit des Deutschen Volkes zur Annahme des Friedens, falls es ein Frieden des Rechts ist.

Seite 128/ Absatz 145

Kritik des Amerikanischen Staatssekretärs des Auswärtigen, Robert Lansing, am Versailler Vertrag.

Wir hören folgendes:

Der Friedensvertrag macht einen enttäuschenden Eindruck und erweckt Bedauern und Niedergeschlagenheit. Die Friedensbedingungen erscheinen ihm unsagbar hart und demütigend, manche sogar unerfüllbar. Der durch den Vertrag geschaffene Völkerbund soll den künstlichen Aufbau am Leben erhalten und ein Keimen der Kriegssaat verhindern. Er befürchtet daß früher oder später Kriege entstehen würden und denkt daß Haß und Erbitterung, wenn nicht Verzweiflung die Folgen derartiger Bestimmungen

Seite 130/ Absatz 148

Protest der Nationalversammlung gegen die Friedensbedingungen.

Die Regierung der deutschen Republik will sich mit rücksichtsloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit von vorneherein entgegenzutreten. Die Forderungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann.

Der Artikel 231, in dem Deutschland als der alleinige Urheber des Krieges bezeichnet wird, sei nicht wahr. Auch die Artikel 227-230 können nicht angenommen werden, in denen Auslieferungen zu Aburteilungen gefordert werden. Weiter weigert sich die Regierung gegen die Abgabe des gesamten Kolonialbesitzers und die hierfür gegebene Begründung, die Deutschland die Befähigung zur kolonialen Betätigung dauernd abspricht.

Seite 130/ Absatz 149

Aus der Note der Verbandsmächte vom 22. Juni 1919. Die Zeit für Diskussionen ist vorbei!

Es wird die Entscheidung von Deutschland verlangt. Entweder die Unterzeichnung des Vertrages als Ganzes. Nach der Unterzeichnung müssen die a-lliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchführung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen.

Seite 130/ Absatz 150

Deutsche Note bezüglich der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles vom 23. Juni 1919

Deut-schland weicht der Gewalt und nimmt die Friedensbedingungen an ohne damit die Meinung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friede-nbedingungen aufzugeben.

sein müssen. Er meint eines Tages würde das Deutsche Volk den Versuch wagen, sein Joch abzuschütteln. Der Krieg würde von den Vereinigten Staaten geführt, um für immer die Zustände vernichten, die ihn hervorbrachten. Aber jetzt gibt es an Stelle des Dreibundes und der Entente einen Fünfbund, der die Welt beherrschen soll. Die Sieger wollen dem Besiegten ihren Willen aufzwingen, Der neue Bund sei eine Allianz der fünf großen Militärmächte.

ER sagt, die Macht sei das Grundprinzip des Bundes und die Gerechtigkeit käme erst in zweiter Linie. Der Friedensvertrag, den sie jetzt hätten, könne keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand des Eigennutzes gegründet sei.

Seite 129/ Absatz 146

Flammender Protest des Reichsministerpräsidenten Scheidemann.

Die Deutsche Nationalversammlung ist zusammengetreten, um zu dem Friedensvertrag Stellung zu nehmen.

Er sagt, daß das Buch, in dem nur Verzichte aufgeführt sind, nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden darf. Seit er die Forderungen in ihrer Gesamtheit kennt, kommt es ihm wie eine Lästerung vor, das Wilson Programm, die Grundlage des ersten Waffenstillstandsvertrages, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen!

Er sagt, daß dieser Vertrag nach der Auffassung der Reichsregierung unannehmbar sei.

Seite 129/ Absatz 147

Hindenburg und Groener über die Aussichten eines militärischen Widerstands bei Ablehnung des Versailler Vertrages.

Wiederaufnahme des Kampfes aussichtslos!

Hindenburg sagt:

Bei Wiederbeginn des Krieges sei Deutschland im Osten militärisch in der Lage, die Provinz Posen zurückzuerobern und die Grenzen zu halten. Im Westen aber kann nicht mit einem Erfolg der Bemühungen gerechnet werden. Als Soldat muß er den ehrenvollen Untergang einem schmachvollen Frieden vorziehen.

Groener sagt:

Als Deutscher fühlt er sich verpflichtet, dem Reichspräsidenten folgenden Rat zu geben.

Die Wiederaufnahme des Kampfes ist aussichtslos. Der Friede muß daher unter den vom Feinde gestellten Bedingungen abgeschlossen werden.

## Der Faschismus

Das Wort Faschismus leitet sich von ital. fascio ab, das in übertragene-  
nem Sinne einen polit. Bund bedeutet. Mussolini nahm 1915 den Ausdruck  
fascio für die Intervenisten auf, die den Kriegseintritt Italiens  
an der Seite Italiens forderten; 1917 bildete sich in Kammer und Senat  
der fascio der parlamentar. Abwehr gegen die Defaisten. Aus Protest  
gegen die unzulängliche Erfüllung der italien. Kriegsziele in den  
Pariser Friedensverträgen gründete M. 1919 in Mailand mit 40 Gefährten  
den ersten Kampfbund; bei den Kammerwahlen von 1919 erhielt die fascist.  
Liste nur 4000 Stimmen. Die starke Aktivität des italien. Kommunismus  
gab dann der fascist. Gegenbewegung einen mächtigen Auftrieb. Der F.  
organisierte sich zu einem Wehrverband ehemaliger Frontkämpfer  
(Schwarzhänden), der angesichts der Schwäche der demokr.-parlamentar.  
Regierung dem kommunist. Terror mit Gegenterror entgegentrat. Bei den  
Wahlen von 1921 zog die fascist. Partei mit 38 Mandaten in die Kammer  
ein; Versuche der bürgerlichen Parteien, M. zum Eintritt in Koalitions-  
regierungen zu bewegen, scheiterten. Auf dem Parteikongress in Neapel  
entschloß sich M. 1922 zum Staatsstreich; am 28. 10. 1922 führte er mit  
40 000 Schwarzhänden den Marsch auf Rom durch. Das Ministerium Facta  
trat zurück; Der König ernannte M. zum Regierungschef. Eine Volle Macht-  
ergreifung durch den F. fand damit noch nicht statt; die fascist.  
Partei war auch jetzt noch eine Minderheit, der es jedoch durch  
Aktivismus, Propaganda, rücksichtslosen Machtgebrauch und Terror im Laufe  
der Zeit gelang, die Staatsgewalt vollständig an sich zu ziehen. In der

Kammer und im Senat blieb zunächst eine starke Opposition der bürgerl.  
und der sozialist. Parteien bestehen. Die Ermordung des sozialist. Abgeord-  
neten Matteotti durch fascist. Terroristen führte im Sommer 1924 zu einer  
schweren Krise des fascist. Regimes; die Opposition blieb seitdem den  
Parlamentsverhandlungen fern. 1926 ließ M. die Mandate der obstruierenden  
Kammer- und Senatsmitglieder für ungültig erklären; der italien. Staat  
wurde von nun an, obwohl das Königtum erhalten und die Verfassung von  
1848 formell in Kraft blieb, von Grund auf in fascist. Sinn umgestaltet.

## Die zehn Gebote des Milizsoldaten:

1. Der Faschist, besonders der Milizsoldat, darf nicht an einen ewigen  
Frieden glauben
2. Strafen sind immer verdient.
3. Auch der Wachposten vor dem Benzinfäß dient dem Vaterland.
4. Der Kamerad ist dein Bruder: 1. weil er mit dir lebt, 2. weil er denkt  
und fühlt wie du.

## DAS ERMÄCHTIGUNGSGESETZ (v. 24.3.33)

## Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat

Artikel 1: Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 65/2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2: Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3: Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4: Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieser Gesetze nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April außer Kraft, es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Dieses Gesetz wurde am 24.3.33 mit 441 gegen 94 Stimmen der SPD angenommen. Seine Geltungsdauer betrug zunächst 4 Jahre, also bis 1937, wurde dann bis 39 verlängert und schließlich wurde 43 jede Befristung dieses Gesetzes durch einen Erlass Hitlers aufgehoben.

Mit Zustimmung des Parlaments wurde damit Hitler die gesamte Macht offen in die Hand gelegt. Mit diesem Gesetz konnte Hitler ohne den Reichstag regieren, denn seine wichtigste Bestimmung lautete: (ART.1) Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden.

Hitler wollte diese Verfassungsänderung "legal" vornehmen. Zu diesem Zweck verhandelte er mit den Bürgerlichen Parteien, um deren Parlamentsstimmen für eine 2/3 Mehrheit, welche er brauchte, zu bekommen. Die bürgerlichen Parteiparlamentarier waren dazu bereit, wenn die Notverordnungen vom 28.2.33 aufgehoben würden, somit also die Grundrechte der Verfassung wieder in Kraft treten würden. - Das Zentrum stimmte schließlich nach langem Zögern und gegen die eindringlichen Warnungen Brüning's dem Gesetz zu, mit der Bedingung, daß Hitler ein Dokument für die wieder in Kraft tretenden Grundrechte ausstelle. Nie wurde ein solches Schreiben verfaßt. Allein die Sozialdemokraten stimmten geschlossen gegen dieses Gesetz, doch durch ihre Minderheit ohne Erfolg. SPD Abgeordneter Wels sagte folgendes zum Ermächtigungsgesetz: "Die Verfassung von Weimer ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates der Gleichberechtigung, die in ihr festgelegt sind. Kein Ermächtigungsgesetz gibt ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten!" (Schönbrunn 314 / Wels 2. B. Ges.)

Die kommunistischen Abgeordneten fehlten zur Abstimmung ganz, da diese in Haft genommen waren.

Referat zur Gemeinschaftskunde:

Der Widerstand der Studenten gegen den Nationalsozialismus

Wenn man heute nach Dokumenten sucht, die einen aktiven Widerstand der Studenten gegen das Nazi-Regime erkennen lassen, findet man, außer den Veröffentlichungen über die Arbeit der "Roten Rose" und der "Weißen Rose", so gut wie nichts. Man kann daraus natürlich nicht schließen, daß der Widerstand nicht groß war gerade in Studentenkreisen. Aber es ist dennoch erschreckend zu erfahren, mit welchem Eifer die "Studentischen Verbindungen" zum Großteil mitsangen, mitmarschierten und nicht die kritische Betrachtung der Verhältnisse in den Vordergrund stellten.

Und heute sind sich diese Verbindungen, schon immer Träger einer Demokratie gewesen zu sein. Um so wertvoller war beispielsweise die Arbeit der "weißen Rose", von der uns durch die Flugblätter der Gebrüder Scholl einiges bekannt ist. In ihrem ersten Flugblatt: "Aufruf an alle Deutschen", versuchen sie dem Volk die Lage der militärischen Verhältnisse klar zu machen. Sie sagen: "Hitler kann den Krieg nicht gewinnen, nur noch verlängern!" Sie versuchen das deutsche Volk aus dem blinden Gehorsam an die Wirklichkeit heranzuführen. Und wie bei den Widerstandsbewegungen von Generalleutnant Beck ist der Hauptgedanke: Denkt in die Zukunft wenn, wie von anderen Gerichten gerichtet werden. In ihrem letzten Flugblatt wenden sie sich an die deutsche Jugend. Sie versuchen die Studenten und Studentinnen ihre eigentliche Aufgabe vor Augen zu führen nämlich Träger der Kritik, des Wissens und des Widerstandes zu sein. Sie vergleichen die Pflicht des Widerstandes mit der von 1813 gegen Napoleon, die Brechung des nationalsozialistischen Terrors, durch die Macht des Geistes. In der "weißen Rose" arbeitet auch Prof. Kurt Huber mit. In seinem Schlußwort vor dem Volksgericht sagt er, daß es seine Pflicht gewesen sei die sittliche Einsicht den Studenten zurückzubringen. Er versucht vor dieser Institution des Terrors sich zu Rechtfertigen. Er führt dazu den kategorischen Imperativ an: Ich zitiere: Ich habe nicht im Sinne von Kants "... Die Gebrüder Scholl sowie Prof. K. Huber werden bekanntlich als Widerstandskämpfer hingerichtet.

Die alliierte Deutschlandpolitik  
Das Potsdamer Abkommen

Bereits während des Krieges machten sich die Alliierten Mächte Gedanken darüber, wie Deutschland nach seiner bedingungslosen Kapitulation zu behandeln sei. Im Mittelpunkt stand die Frage, ob das besiegte Reich als Einheit behandelt oder in mehrere Einzelstaaten aufgeteilt werden sollte. Im November 1943 in Teheran erörterte man eingehend eine Teilung Deutschlands, man erzielte aber keine Einigung, in diesem Punkt.

Durch den zügigen Vormarsch der alliierten Armeen rückte der Tag der dt. Kapitulation jedoch in greifbare Nähe. So kamen die Regierungschefs im Februar 45 in Jalta erneut zusammen. Hier einigten sie sich über die Teilung und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands.

Ein Kurswechsel der Sowjets wurde erkennbar, als Stalin am 9. Mai, einen Tag nach der Kapitulation erklärte: "Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten".

In Potsdam, der Stadt, an die sich die Tradition des großen Königs, die Erinnerung an preuß. Militärmacht und an Hitlers Antritt zum Dritten Reich knüpft, versammeln sich am 17. Juli die Sieger, um die Liquidation Deutschlands in Verträgen zu fassen. Sie kamen vom 17. Juli bis zum 2. August im Cäcilienhof bei Potsdam zusammen. Die Leiter der Delegationen waren Präsident Truman, der an die Stelle des im April verstorbenen Roosevelt getreten war, unterstützt von seinem Außenminister Byrnes, Generalissimus Stalin und Außenminister Molotow, Premierminister Churchill und Außenminister Eden, die Ende Juli nach dem Sieg der Labour-Party bei den brit. Unterhauswahlen durch den neuen Regierungschef Attlee und Außenminister Bevin ersetzt wurden.

Auf der Tagesordnung der Potsdamer Konferenz stand nicht nur das Deutschland-Problem. Im Fernen Osten dauerte der Krieg mit Japan an. Bis hin zu ihrer Politik gegenüber Spanien und der Türkei hatten die Großen Drei eine Fülle internationaler Probleme zu erörtern.

Das Potsdamer Abkommen sah vor, daß die dt. Ostgrenze erst in einem später mit einer dt. Regierung abzuschließenden Friedensvertrag endgültig geregelt werden sollte. Doch wurden die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie unter die Verwaltung des poln. Staates gestellt, das Gebiet des östl. Ostpreußen mit Königsberg sogar nur vorbehaltlich einer genaueren Regelung des Grenzverlaufs an d. Sowjetunion übertragen. Für die in Polen, Ungarn u. der Tschechoslowakei gebliebenen dt. Bevölkerungsteile wurden "geordnete u. humane Bevölkerungsumsiedlungen" vorgesehen. - Die Oberbefehlshaber der 4 Besatzungszonen als Inhaber der Obersten Gewalt wurden mit der Durchführung der Maßnahmen zur Vernichtung des Nationalsozialismus und Militarismus beauftragt. Doch sollten die Deutschen als freies und demok. Volk existieren. Mit alliierter Hilfe sollte d. Demokratisierung des dt. Lebens durchgeführt werden durch Wiederherstellung der freiheitl. Rechte u. Einrichtungen (Parlamente, Selbstverwaltung). Die freiheitl. Rechte sollten allerdings unter dem Vorbehalt der Sicherheit der alliierten Besatzungsmächte stehen. An die Wiedererrichtung einer dt. Zentralgewalt sollte schrittweise herangegangen werden, vorläufig wurden nur einige Zentralämter zur Regelung der nötigsten wirtschaftl. und sozialen Aufgaben gebildet. Der dt. Wirtschaft wurden schwere Reparationen auferlegt. Die dt. Kriegs- und Handelsflotte wurde unter die Alliierten verteilt. - Das Potsdamer Abkommen ist in seinen Bestimmungen über die Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus sowie über Demontagen und Reparationen ziemlich einheitlich durchgeführt worden. Dies führte zur mehr oder minder starken Ausplünderung der einzelnen Besatzungszonen, vor allem der SBZ. Im übrigen aber ergaben sich alsbald erhebliche Differenzen über Sinn und Durchführung des Potsdamer Abkommen, in denen sich die von Anfang bestehende tiefe Uneinigkeit zwischen West und Ost offenbarte.

Unkarheiten über den Begriff der Demokratie und ~~der~~ der Freiheit führten schließlich zur währungsmäßigen und damit auch zunehmend zur politischen Spaltung, der die Aufstellung militärischer Streitkräfte, zunächst als "kasernierte Volkspolizei", in der SBZ folgte.

In dem Potsdamer Abkommen sollte also Deutschland, sowie die deutsche Industriemacht durch Produktionsverbote, Demontagen, Reparationen und Zerstörungen vernichtet werden. Nie wieder sollten deutsche Männer Waffen tragen dürfen, nie wieder diese Generation, die Hitler erlebt hat, frei sein. - Alle deutschen Patente, deren Wert unschätzbar ist, verfallen als Teilersatz für die angerichteten Kriegsschäden den Siegern, die Patentliste und das Reichspatentamt stehen zur Verfügung der Alliierten. Deutsche Wissenschaftler und Facharbeiter werden von den Siegerstaaten "requiriert".

Die Handelsflotte, das staatliche und private Auslandsvermögen, Gold, Devisen, Wertpapiere - alles gehört zur großen Beute; die französische Regierung übernimmt die Saargruben, die Briten beschlagnahmen die Kruppwerke und die Ruhrzechen. Zwar beträgt die deutsche Staatsschuld auch ohne die Niederlage rund 400 Milliarden Mark, das dtsh. Volk wird aber außerdem die Milliarden Dollarbeträge für die Besatzung aufbringen müssen.

Deutschland wird in vier Zonen geteilt und durch unnatürliche Grenzen zerschnitten, das große Russland nimmt ihm sein Getreigeland Ostpreußen, Polen werden die reichen Länder östlich der Oder und Neiße als vorläufige zugesprochen.

Die Alliierten billigen feierlich die Vertreibung der Millionen Deutschen aus dem Osten. -

Jürgen Baumeister

Quellen:

- Die Jahre 1945-1949 von Manfred Rexin / Seite 4-10
- Bild der Jahrhunderte von Otto Zierer/Weltgeschichte Bd.22/ Seite 286
- Das aktuelle Lexikon/C.Bertelsmann Verlag / Seite 697,698

4 November 1964

Raufrud Achatz, 13.

Referat für Gemeinschaftskunde:

## FRANKREICH

Die III. Republik (1871-1940)

Am 18. März 1871 brach in Paris der Aufstand der Kommune aus, Kaiser Napoleon wird abgesetzt und die Republik ausgerufen. Aber die monarchistische Mehrheit der in der neugewählten Nationalversammlung vertreten ist, kann sich auf keinen Kandidaten einigen. Mit einer neuen Stimme Mehrheit beschließt die Nationalversammlung, dem als vorläufig gewähltes Staatsoberhaupt gewählten Präsidenten als „Präsidenten der Republik“ zu bezeichnen. 1875 wurde im Loi Constitutionnelle festgelegt, dass dieser „Präsident der Republik“ von beiden Kammern auf 7 Jahre gewählt wird. 4 Jahre später, die monarchistische Seite im zweiten Wahlrecht in Abgeordnetenkammer sind jetzt verloren, wird ein gemäßigte-Republikaner Präsident (Grevy). Seitdem hat man eine schlechte Umgestaltung der Verfassung. Der früher an der Exekutive beteiligte Präsident ist vorwiegend repräsentative Figur. Er hat den Justizpräsidenten zu ernennen, dem wählen beide Kammern bestätigen müssen. In den folgenden 15 Jahren macht Frankreich zahlreiche koloniale Erwerbungen: 1881 Tunesien, 1883 Tonkin, Annam; 1885 Madagaskar; Erweiterung in Äquatorialafrika, 1890-93 Besitzergreifung am Niger, in der Sahara, im Oberpyrenäen, auf Tahiti und in Siam. Nach dem ersten räumlichen Wahlsieg der Sozialisten ist auch die Zeit einer äußeren politischen Isolierung Frankreichs vorbei. 1894 wird der französisch-russische Zweibünd

Geschlossen. Die Faschodakrise wird 1898 zum Inbegriff einer schweren diplomatischen Niederlage Frankreichs (Faschoda ist eine Ort am oberen Nil 1898 von den Franzosen besetzt, die stand trotz der Kriegdrohung eine Rückzug gezwungen wurden.) Ein Jahr darauf, 1899 beginnt die Vorherrschaft der Radikalsocialisten in der Regierung, die bis 1914 andauert. In dieser Zeit geschieht 1905 die endgültige Trennung von Staat und Kirche in Frankreich. Während des 1. Weltkriegs wird 1917 Georges Clemenceau, seit 1876 Führer der Radikalen Linken, wird schon einmal Premierpräsident in Frankreich (1906-09) zum zweiten Mal Premierpräsident in Kriegsmaterial, der schließlich als Vorsitzender der Versaille Friedenskonferenz das Lausanne Friedensbedingungen für Deutschland erzwingt. Jetzt möchte ich nun noch kurz auf diese Blütezeit französischer Demokratie eingehen:

- 1919 bis 21 Vorherrschaft der rechtsgerichteten „Bloc National“ mit Poincaré (1923 Bückung des Rückzuges)
- 1924 bis 26 „Ara der Kartells der Linken“ (Herriot) Vertrag von Locarno
- 1926 bis 1928 Regierung der „Union nationale“ unter Poincaré stoppt die große Finanzkrise - 1928 Kellogg-Pakt
- 1929 Verschlechterung der Finanzlage und beginnende Wirtschaftskrise führen zu unempfindlicher Wirtschaftsfriedenszeit.

Seit 1930 kann man dann von einer Krise der französischen Demokratie sprechen (sozialökonomisch). Das Parlament wird immer mehr unfähig. Dies führt zur Einführung der

Geschlossen. Die Faschodakrise wird 1898 zum Inbegriff einer schweren diplomatischen Niederlage Frankreichs (Faschoda ist ein Ort am oberen Nil 1898 von den Franzosen besetzt, die durch britische Kriegsdrohungen zum Rückzug gezwungen wurden.) Ein Jahr darauf, 1899 beginnt die Vorherrschaft der Radikalsocialisten in der Regierung, die bis 1914 andauert. In dieser Zeit geschieht 1905 die endgültige Trennung von Staat und Kirche in Frankreich. Während des I Weltkriegs wird 1917 Georges Clemenceau, seit 1876 Führer der Radikalen Linken und schon einmal Premierminister in Frankreich (1906-07) zum zweiten Mal Premierminister in Kriegsminister, der schließlich als Vorsitzender der Versailler Friedenskonferenz die letzten Friedensbedingungen für Deutschland erzwang. Jetzt möchte ich nun noch kurz auf diese Blütezeit französischer Demokratie eingehen:

- 1919 bis 21 Vorherrschaft des rechtgerichteten „Bloc National“ mit Poincaré (1923 Vertreibung des Ruhrgebiets)
- 1924 bis 26 „Era des Kartells der Linken“ (Herriot) Vertrag von Locarno
- 1926 bis 1928 Regierung der „Union nationale“ unter Poincaré stoppt die große Finanzkrise - 1928 Kellogg-Pakt
- 1929 Verschlechterung der Finanzlage und beginnende Wirtschaftskrise führen zu unempfindlicher Unruhfriedenszeit.

Seit 1933 kann man dann von einer Krise der französischen Demokratie sprechen. (Sozialkrisenfrage) Das Parlament wird immer entscheidungsunfähig. Dies führt zur Einführung der

decrets-lois" ("En decrets-lois" und Regierungsvorordnungen  
mit Gesetzescharakter auf Grund befristeter parlamentarischer  
Ermächtigungsgesetze. Im Jahr 1936 erlebte Frankreich seine  
Wahlung der "Volksfront". Volksfront ist die Bezeichnung  
für die Koalition der bürgerlichen Parteien mit Sozialisten und  
Kommunisten zum Zweck der Regierungsbildung. Nach  
anfänglichen sozialen Reformen fällt aber diese Politik aus  
allenfalls wieder auseinander. Folglich die Volksfront-  
Regierung (Ministerpräsident war der Sozialist Leon Blum)  
nach dem I. Weltkrieg gibt es im Jahre 1936 nach dem  
Kabinett Daladier, in dessen Zeit die Wahlung des  
französischen Hochkommissars fällt. Dieser Ministerpräsident der  
1936-40 am Ende vertritt hat für eine durch seine  
Entscheidung sein, ist aber durch die Ereignisse 1938  
gezwungen, am ... des Kriegsausbruchs Frankreichs an  
Drittland anzufragen. Die militärische Niederlage  
Frankreichs im Jahr 1940 bedeutet praktisch das Ende  
der III. Republik, die Nationalversammlung überträgt  
sämtliche Regierungsgeschäfte dem parisischen Pétain.

## Frankreich und der I. Weltkrieg

Der deutsche Kriegsplan strebte als erstes die Mattsetzung Frankreichs an. Der Feldzugsplan war von dem früheren Generalstabschef Graf Schlieffen entworfen. Erst sollten die Franzosen in einer einzigen Umfassungsschlacht völlig niedergeworfen und dann, ehe der russische Aufmarsch vollendet war, die Truppen nach dem Osten verlegt werden. Aber auch der französische Generalstab war durchaus offensiv eingestellt und wollte durch einen kraftvollen Angriff in Richtung auf den Rhein die Russen entlasten, die dann in der zweiten Phase des Kampfes den deutschen Widerstand "niederwalzen" sollten. Diese Absicht erwies sich jedoch bald als unausführbar, weil der deutsche Flügel des Westheeres, der inzwischen durch Belgien marschiert war, den linken Flügel der Franzosen zu umklammern drohte. So mußte der französische Oberkommandierende Joffre seine Truppen bis an die Marne zurücknehmen, und Anfang September gestaltete sich die Lage so beärglich, daß es die französische Regierung vorzog, ihren Sitz nach Bordeaux zu verlegen.

An der Marne kam indes der deutsche Vorstoß zum Stehen. Und nun begann jener "Wettlauf nach dem Meer", der damit endete, daß die Westfront erstarb. Der Stellungskrieg kam beiden Heeresleitungen, die mit einem Kurzkrieg gerechnet hatten, vollkommend überraschend. Aber nachdem die deutschen Durchbruchversuche an der Flandernfront gescheitert waren, mußte man sich wohl oder übel mit der neuen Lage abfinden, die es der französischen Regierung ermöglichte, Ende des Jahres wieder nach Paris zurückzukehren. Als die Durchbruchversuche der französischen Obersten Heeresleitung im Frühjahr und Herbst 1915 fehlgeschlagen waren, wurde Briand der Nachfolger Vivianis. Im Sommer 1916 wollte Frankreich in der Sommeschlacht den Durchbruch an der Westfront erzwingen. Hierfür standen die Freiwilligenarmee Kitcheners und eine unüberschaubare Menge an Munition bereit. Aber auch diese erste große Materialschlacht der Weltgeschichte führte nicht zu dem erhofften Ergebnis. Trotzdem lehnte die Entente nicht nur das deutsche Friedensangebot ab, sondern wies auch den Vermittlungsversuch des amerikanischen Präsidenten von der Hand.

Das Jahr 1917 war für alle Kriegführenden das kritische Jahr. Denn es brachte einerseits den Zusammenbruch des Zarismus, dem die französische Regierung noch in letzter Minute und ohne Vorwissen des englischen Bundesgenossen die Zustimmung zur Annexion des ganzen deutschen Rheinlandes abgenötigt hatte, und andererseits den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, deren Finanzkreise für die Rückzahlung der den Ententemächten gewährten Anleihen zu fürchten begann.

Durch einen massiven Angriff auf die Festung Verdun wollte Falkenhayn das französische Heer zermürben und England indirekt seinen besten Bundesgenossen nehmen. Die Schlacht kostete beiden Heeren große blutige Verluste.

Der Endkampf Frankreichs begann 1918 als der Friedensschluß mit Rußland den größten Teil des deutschen Heeres für die Westfront freimachte, während die amerikanischen Truppen noch nicht voll verfügbar waren. Mehrmal schien es, als wollten die Deutschen den Durchbruch erzwingen. Die Lage war so gespannt, daß die Engländer und Amerikaner im April 1918 auf Clemenceaus Drängen einwilligte, den Marschall Foch mit dem Oberbefehl über die gesamte Westfront zu betrauen. Als im Sommer der deutsche Ansturm zum Stehen kam, konnte Foch, auf die frischen amerikanischen Soldaten und auf eine überlegende Materialüberlegenheit gestützt, zum Gegenstoß ansetzen, der nach dem Abfall Bulgariens und dem Zusammenbruch der Donaumonarchie die deutsche Regierung nötigte, beim Präsidenten Wilson um einen Waffenstillstand nachzusuchen.

### Die Magna Charta (Magna Charta Libertatum)

Übersetzt: "Der große Freiheitsbrief", wurde am 15. Juni 1215 dem englischen König Johann von Adel und Geistlichkeit abgenötigt. Dieses wichtigste altengl. Grundgesetz bestätigte in 63 Artikeln die überkommenen Gesetze und brachte bedeutungsvolle Neuerungen. Die Magna Charta knüpft an die Charta Heinrichs I. an. In der Magna Charta verpflichtete sich der König, Geldabfindungen für Lehnsdienste und außerordentliche Steuern erst zu erheben, wenn sie Adel und Geistlichkeit auf einer Reichsversammlung bewilligten. Die Charta garantierte die Freiheit der engl. Kirche und schützte die Rechte der Barone, in gewissem Umfang auch die der Bauern und Bürger gegen königl. Übergriffe: die Rechtspflege wird geordnet, jedem Freien das Gericht nach Volksrecht zugesichert; von Geschworenengericht und Reichsversammlung (Parlament) ist dabei noch nicht die Rede. Den Hauptatz enthält §39: Kein freier Mann soll festgenommen, gefangengesetzt, seines Besitzes entledigt, geächtet, verbannt oder irgendwie beschädigt werden, es sei denn durch ein Gericht und nach dem Rechte des Landes.

Die Barone des Landes sollten 25 aus ihrer Mitte wählen dürfen, um über die Brechung der verbrieften Freiheiten zu wachen. Die mittelalterl. Idee, daß das Recht über dem König steht und die Bürger ein Recht zum Widerstand gegen den Unrecht übenden Herrn haben, führt hier erstmals zur staatsrechtl. Bestimmung: verletzt der König die Charta, so soll der Ausschuß von 25 Baronen den Besitz des Königs solange pfänden, bis dieser Sühne leistet. Obwohl der Ausschuß nie in Funktion trat, bildet er gedanklich den Vorläufer des Parlaments, das seit Ende des 13. Jh. die königl. Willkür mit geeigneteren Mitteln beschränkte.

Die Magna Charta Libertatum ist vielfach zu modern beurteilt worden, als bräuchte sie bereits staatsbürgerl. Rechte und Freiheiten: sie ist nur eine Urkunde und gibt die Grenzen an, die in der Lehnsmonarchie dem Herrscher gezogen sind. Sie ist grundlegend geworden, weil die Bindung des Königtums durch das Gesetz von hier an über die Grenzen des Lehnwesens hinaus wirksam wurde; es erfolgte diese Bindung im Zusammenwirken der Baronie mit den anderen Ständen.

Die Magna Charta L. ist bis zum Ausgang des Mittelalters 32mal bestätigt worden und wurde außerhalb der juristischen Fachkreise vergessen. Sie wurde dann in den revolutionären Auseinandersetzungen des 17. Jh. wiederentdeckt u. in ein Kerndokument alter engl. Freiheitsrechte umgedeutet. Verfassungsgeschichtl. bedeutsam ist d. Confirmatio Chartarum von 1297.

Literatur: Brockhaus (Lexikon); Das brit. Regierungssystem von Jennings +

## GEMEINSCHAFTSKUNDEREFERAT:

## Richterliche Gewalt und Verfassung

Auf Grund der ~~konstitutionellen~~ Dreiteilung der Gewalten im konstitutionellen System der USA steht die richterliche Gewalt verkörpert durch das Oberste Bundesgericht, als höchste Instanz der Bundesgerichtsbarkeit, gleichberechtigt neben der gesetzgebenden Gewalt in Gestalt des Kongresses und der vollziehenden Gewalt in Gestalt des Präsidenten und der Bundesregierung.

Artikel III der Verfassung setzte die Judikatur mit folgenden Worten in ihre Rechte ein: "Die richterliche Gewalt der USA liegt bei einem Obersten Bundesgericht und bei solchen unteren Gerichten, deren Errichtung der Kongress von Fall zu Fall anordnen wird." Der Oberste Bundesgerichtshof (Supreme Court) besteht aus dem Obersten Bundesrichter (Chief Justice) und 8 Richtern (Associate Justices), die der Präsident der USA mit Zustimmung des Senats auf Lebenszeit ernannt. Die Verfassung bestimmt daß sie genau wie alle anderen zivilen Amtsträger einschließlich des Präsidenten vom Repräsentantenhaus wegen Verrats, Bestechung oder anderer Verbrechen und Vergehen unter Amtsanlage gestellt werden können, über die dann der Senat in einem Disziplinarverfahren entscheidet.

Als Inbegriff der Unabhängigkeit und als Sinnbild für richterliche Objektivität, Würde und Weisheit ist das Oberste Bundesgericht dem amerik. Volk zum Symbol der Freiheit unter dem Gesetz geworden. Die Basis der Bundesgerichtsbarkeit im pyramidenförmigen Aufbau der Bundesjustiz bilden 91 Distriktgerichte in allen Teilen der USA. Hier werden die meisten der unter die bundesgerichtliche Zuständigkeit fallenden Zivil- u. Strafsachen verhandelt u. entschieden. Über diesen stehen die 11 Berufungsgerichte. Die 3. u. letzte Instanz ist das Oberste Bundesgericht in Washington, das aber nur außergewöhnlich wichtige Fälle behandelt. Außerdem gibt es noch Nebenerscheinungen, wie das Zollgericht u. das Reklamationsgericht. 1787 wurden die Befugnisse des Obersten Bundesgerichts festgelegt. Ihm wurden alle Fälle zugewiesen, die sich aus der Verfassung selbst, aus den Bundesgesetzen u. aus den vom



G E O R G E O R W E L L

1 9 3 4

George Orwell's novel 1984 shows us, what future perhaps will have in store for us. The whole action is one great vision of the author. Orwell prophesizes us a strange world, the world in the year 1984:

This world is divided into three great powers, Oceania, Eurasia and Eastasia. Each of these great powers is perpetually at war with one of the others. The novel describes the life of a man- his name is Winston Smith - who lives in that world, and said more exactly, who lives in Oceania.

Troughout Oceania there rules one great party by the agency of four ministries, whose power is absolute. There are the MINISTRY OF PEACE which deals with war, the MINISTRY OF PLENTY which deals in scarcities, the MINISTRY OF TRUTH, which deals with false, untrue propaganda and the MINISTRY OF LOVE, which deals with law and order. Winston himself lives in London, which is the chief city of Airstrip One, itself the third most populous of the provinces of Oceania. This London of 1984 is bad - looking to all intents and purposes: Vistas of rotting 19<sup>th</sup> - century houses, their sides shored up with baulks of timber, their windows patched with cardboard, the bombed sites and the places, where the bombs have cleared a larger patch and where have sprung up sordid colonies of wooden dwellings are a hopeless view. These are the flats of the men called proles. They are no members of the party and have not to fulfill the hard laws. Winston himself is member of the Outer Party. They a ll have to wear blue overalls to show, that they belong to this class of men. In contrast to the prolethe members of the Outer Party have more rights. The needs of the population are always under - estimated, with the result, that there is a chronic shortage of half the necessities of life; but is looked on as an advantage. It is deliberate policy to keep even the favoured groups somewhere near the brink of hardship. because a general state of scarcity increases the importance of small privileges and thus magnifies the distinction between one group and another. By the standards of our time, even a member of the Inner Party lives an austere, laborious kind of life. (Nevertheless, the few luxuries he does enjoy, - better food

and drink, a large, well appointed flat, a better texture of his clothes a.s.o. - set him in a different world from a member of the Outer Party, and the members of the Outer Party have a similar advantage in comparison with the submerged masses of the proles.)

The social atmosphere is that of a besieged city, where the possession of a lump of flesh makes the difference between wealth and poverty. And at the same time the consciousness of being at war, and therefore in danger, makes the handing over of all power to a small caste seem the natural, unavoidable condition of survival. And therefore Oceania is perpetually at war with his two neighbours. And this war is really profitable to the party, because the essential act of war is destruction, not necessarily of human lives, but of the products of human labour. It shatters materials to pieces, which might otherwise be used to make the masses too comfortable and too intelligent. Even when weapons of war are not actually destroyed, their manufacture is still a convenient way of expending labour power without producing anything that can be consumed. So war is useful for the party.

But how rules the party?

The party rules by the agency of these four ministries, which I already describes in the beginning.

The four headquarters, white, glittering buildings with a high of more than 300 metres, dominate the panorama of the town totally. So completely do they dwarf the surrounding architecture, that you can see all four of them simultaneously. They are the homes of the four ministries between which the entire apparatus of government ~~is~~ is divided.

( The Ministry of Truth concerns itself with news, entertainment, education and the fine arts. - The Ministry of Peace concerns itself with war. - The Ministry of Love maintains law and order and the Ministry of Plenty is responsible for economic affairs. )

The Ministry of Love is the really frightening one. It is a Ministry impossible to enter except an official business, and then only by penetrating through a maze of barbed - wire entanglements, steel doors, and hidden machine - gun nests. Even the streets leading up to its outer barriers are roamed by gorilla - faces guards in black uniforms, armed with jointed

t runcheons.

This Ministry is the headquarter of the hated "Thought Police". The Thought Police of Oceania is able to watch over ~~we~~ everybody. Any sound and moving you make, above the level of a very loud whisper, can be picked up by the telescreen, a set which receives and transmits simultaneously. There is no way of knowing whether you are being watched at any given moment. How often, or on what system, the Thought Police plugs in on any individual wire is guesswork. It is even conceivable that they watch everybody all the time. But at any rate they can plug in a wire whenever they want to do.

Also in Winston's flat there is such a wire. But it stands in a place which is an ~~an~~ unusual position for a telescreen. Instead of being placed, as it is normal, in the end of the wall, where it is able to command the whole room, it is in the longer wall, opposite the window. This telescreen also disseminates the three slogans of the almighty Party. They run as follows:

WAR IS PEACE

FREEDOM IS SLAVERY

IGNORANCE IS STRENGTH

On the whole the Party calls in question (makes dubious) all legalities of our days. The Party is always right! The personification of the Party is a man, whom each member of the Outer - and the Inner - Party adores as Big Brother. "Big Brother is watching you" runs the caption beneath the posters. Those posters with the enormous face of Big Brother, which are so contrived that the eyes follow you about when you move, gaze from nearly each wall in Oceania watching you.

Because Winston's wire is placed so, that it can't watch over the whole room, Winston takes courage one day and starts to write a diary. Such an action is a crime in the eyes of the Party! But Winston, unseen, starts writing...

Into his book he writes all his hate against the Party and Big Brother. He really believes to overreach the Party and he becomes more and more audacious. (saucy, bold). And so more and more offences add (sum up).

In the beginning he thinks evil of the Party, then forbidden deeds follow. He falls in love with a girl named Julia. Unlike Winston, she grasps the inner meaning of the Party's sexual puritanism. She knows, That not merely the sex instinct creates

a world of its own which is outside the Party's ~~sexual~~ control and which therefore has to be destroyed if possible. What is important is, that sexual privation induces hysteria, which is desirable because it can be transformed into war - fever and leader - worship. But when you make love you are using up energy and you can't get excited about Big Brother, the Three - Year - Plans and the rest of the Party's bloody rot.

The next weeks and months Winston becomes more and more bold. He revolts in renting a room in the quarter of the proles (which is forbidden to do to members of the Outer Party), he becomes member of the organization the men call Brotherhood, a ~~minister~~ mysterious organisation which works against the aims of the Party.

But one day the Thought Police of Oceania arrests Winston and Julia and brings both separately into the Ministry of Love. There they are tortured to the Point, where they are utterly destroyed. In the beginning resistant they loose bay the cruel torture their consciousness of being human creatures. At last, each of them does answer, what the Party wants to hear, also when they think, that it is wrong!

After his release Winston becomes a drinker and the last sentences said about him runs as follows: " But it was all right, everything was allright , the struggle was finished. He had won the victory over himself. He loved Big Brother."

#### Interpretation:

This novel is the expression of a mood and it is a warning. The mood is expresses is that of near despair about the future of man, and the warning is that unless the course of history changes, men all over the world will love their most human qualities, will become soulless automatons, and will not even be aware of it. Orwell thinks, that the First-World-War was beginning of a long wearing development. In that war there died millions of men for the territorial ambitions of the European powers, although under the illusion of fighting for peace and democracy. To the moral callousness of the First-World-War followed as example:

- a) the betrayal of the socialist hopes by Stalin's reactionary state capitalism.
- b) the severe economic crisis at the end of the twenties.
- c) the barbarism of Hitler's dictatorship.

d) the bombed towns, eventually by the use of atomic bombs against Japan.

Since then the human race has been confronted with a even greater danger - that of the destruction of our civilization, if not of all mankind, by nuclear weapons as they exist today and as they are being developed in increasingly frightful proportions. The last thing I want to mention is the following one: Orwell is simply implying that the new form of managerial industrialism, in which man builds machines which act like men and develops men who act like machines, is conducive to an era of dehumanization in which persons are transformed into things and become appendices to the process of production and consumption.

Orwell is of the opinion, that that is a danger inherent in our modern mode of production and organization. Orwell wants not to be a prophet of disaster! He only wants to warn and to awaken us. He still hopes - but his hope is a desperate one. The hope can be realized only by recognizing, so 1984 teaches us, the danger with which all men are confronted today, the danger of a society of automatons who will have lost every trace of individuality, of love, of critical thought. And yet those men will not be aware of it because of "doublethink". It is not allowed to interpret 1984 as a description of the Communist barbarism alone.

George Orwell meant us, the inhabitants of Western States too with his warning.

I  
DIE SOWJETUNION  
( geographische Erläuterungen )

H. J. Schütz

Fläche: 22070000 qkm , davon der europäische Teil 5 100 000 qkm  
der asiatische 16 970 000 qkm. Zum Vergleich die BRD:  
248 000 qkm. Einwohnerzahl der SU: 207 000 000, im europäischen  
Teil 151 000 000, im asiatischen 56 000 000. In der BRD 55 000 000.  
Die UdSSR ist der größte zusammenhängende Staatsraum der Erde.  
Seine Grenzen umschließen die ganze östliche Hälfte Europas  
und das nördl. Drittel Asiens. Rußland ist das Kerngebiet,  
Moskau die historische Keimzelle des Riesenreiches, das sich  
unter kommunistischer Herrschaft vom Agrar- zum Industriestaat  
wandelte und zur Weltmacht heranwuchs. Obwohl die SU zu zwei  
Dritteln vom Meer begrenzt ist, ist sie jedoch ein Binnenland  
das kaum einen Zugang zum offenen Ozean hat. Wesentliche Merk-  
male: 1. überaus einförmige Oberflächengestalt mit riesigen  
weiten Ebenen, die am Rand im S u. O von Gebirgen begrenzt  
werden. 2. riesenhafte, vorwiegend meridional angeordnete  
Flußsysteme und große abflußlose Becken. 3. ausgeprägtes  
kontinentales Klima.

Von 22,3 Mill. qkm, die die Sowjetunion einnimmt, sind 2 Mill.  
qkm Tundra, 11 Mill. Taiga, 1 Mill. Gebirgsvegetation und  
Felsfluren, 2,5 Mill. Grassteppe, 4 Mill. Halbwüste und Wüste,  
0,5 Mill qkm subtropisches Mittelmeerklima. Im N dehnt sich  
vorwiegend nördlich des Polarkreises, die fast menschenleere  
Tundra aus, deren Boden fast nur mit Rentierflechten und ver-  
einzelt mit Krüppelkiefern, verkrüppelten Lärchen und Birken  
bewachsen ist. Diese Bäume sind besonders wertvoll, da die  
Jahresringe wegen der kurzen warmen Jahreszeit sehr eng bei-  
sammen liegen u. deshalb das Holz besonders hart ist.

Eine typische Eigenschaft der Tundra sind die Steinringe auf  
dem Boden, die beim Tauwetter im Frühjahr entstehen.

## Entstehung der Steine

Der Boden der Tundra ist bis zu 80 m tief gefroren und taut im Sommer meist nur 3-4 m tief auf. Daher die großen Schlemmwästen, da das Wasser nicht absickern kann. Südlich an die Tundra schließt sich ein breiter, lichter Nadelwaldgürtel an, die Taiga, deren südlicher Grenze etwa der 55. Breitengrad ist. Charakteristisch für die Taiga sind eigenartige, kleine Hügel, die bis zu 5m hoch werden und einen Durchmesser von 20m erreichen. Die Hügel wachsen im Winter hoch und fallen im Sommer wieder zusammen. Sie entstehen durch Wasserlinsen ca. 20m unter der Oberfläche. Gefriert der Boden im Winter von oben herab, so erreicht schließlich die Kälte auch das Wasser, das sich, wenn es  $0^{\circ}\text{C}$ . erreicht hat, nicht ausdehnen kann, da der Boden ringsum gefroren ist. So schiebt es, je mehr die Temperatur des Wassers sinkt, dem gefrorenen Boden nach oben; daher diese mysteriösen Hügel. Auf ähnliche Weise entstehen auch die sog. Eishäuser. Wasser von etwa  $-5^{\circ}\text{C}$  kann sich wegen des gefrorenen Bodens nicht ausdehnen. Baut nun ein Mensch ausgerechnet auf diese Stelle ein Blockhaus und taut dadurch natürlich den Boden auf, schießt dann plötzlich das Wasser, da kein Widerstand mehr vorhanden ist, durch den Boden in das Haus und gefriert hier sofort. Es ist schon vorgekommen, daß das Eis dann aus Türen und Fenstern quoll.

Südlich an die Taiga bis etwa zum 50. Breitengrad schließt sich die Steppe an und daran südlich die Wüste. Im Sommer schwanken die Temperaturen im Tundragürtel zwischen  $0$  und  $10^{\circ}\text{C}$ , im Taiga- und Waldsteppegürtel zwischen  $10$  und  $20^{\circ}\text{C}$  und in der Steppen und Wüstenzone zwischen  $20$  und  $35^{\circ}\text{C}$ . Im Winter wurde bei Werchojansk bis zu  $-70^{\circ}\text{C}$  gemessen. Im Allgemeinen werden aber im Winter Temperaturen in der Tundra von  $-40$  bis  $-20^{\circ}\text{C}$ , in der Taiga von  $-30$  bis  $-10^{\circ}\text{C}$  und in Steppe und Wüste von  $-15$  bis  $0^{\circ}\text{C}$  gemessen. Östlich des Urals sind die jährlichen Niederschläge sehr gering.

Die landwirtsch. nutzbare Fläche der SW ist bei weitem nicht so groß, wie man nach den riesigen Ausmaßen des Staatsgebietes annehmen könnte. Nur 30% des gesamten Gebietes lassen sich agrarwirtschaftlich nutzen, und davon ist wiederum nur ein Drittel für den Feldbau geeignet. Z.Z., schätzt man, werden etwa 200 Mill. ha unter den Pflug genommen.

III

Die Bodenverhältnisse sind am günstigsten in dem fruchtbaren, etwa 150 Mill. ha umfassenden Schwarzerdegebiet, das sich als geschlossener Gürtel von der Ukraine nach Westsibirien erstreckt und sich ostwärts in einzelne Inseln auflöst. Die nach S sich anschließenden kastanienbraunen Steppenböden sind nicht weniger fruchtbar, aber die zunehmende Trockenheit mindert ihren Wert. Die Wüstenböden in der Kaspischen Senke und des Tieflandes von Turan gestatten den Anbau überhaupt nur bei künstl. Bewässerung.

Den weitaus größten Teil der Gesamtfläche haben die Bleicherde der nördl. Waldzone und die Sumpfböden der eingestreuten Moorregionen, vorallem das Gebiet zwischen Ural und Jennisai, inne. Ohne reichlichen Zufuhr von Nährstoffen, bringen diese ausgelaugten Glazialflächen des Nordens nur dürftige Ernten. In

In der SU sind nahezu alle Bodenschätze vorhanden. Nur Zinn muß eingeführt werden. In der Eisenerzförderung wurde die USA sogar schon von der SU überflügelt. 1958 betragen die Kohlenvorräte in der SU 1654 Mrd. t, 1958 wurden 496 Mill. t gefördert. Der Vorrat reicht also noch für einige Jahre. Zur Zeit Stalins entstanden riesenhafte Industriegebiete, mit denen das Ruhrgebiet an Reichhaltigkeit der Bodenschätze einem Vergleich nicht im Entferntesten stand hält. Eines der großen Industriegebiete ist in der SU das Donzbecken, wo 1958 ca 170 Mill. t Steinkohle gefördert wurden, während im ganzen Bundesgebiet 150 Mill. t gefördert werden, wobei die Gruben in der BRD bestimmt wesentlich mehr ausgenutzt werden, als die in der SU. Oft findet man in der SU Eisenerz und Steinkohle dicht nebeneinander gelagert. Das ist natürlich für die Verhüttung u den Transport des Erzes von großem Vorteil. Ein zweites Becken entdeckte man westl. des Urals zwischen Ufa Kuibischew und Gorki, Binnen kurzer Zeit wurde die Menge der Erzförderung von Baku in diesem Gebiet sogar noch übertroffen. Im Uralindustriegebiet wären vor allem Swerdlowek und Magnitogorsk zu nennen, wo das in diesem Gebiet geförderte Eisenerz verhüttet wird. Nicht weniger ergreulich sind das Kusnezsk- und das Ferganabecken, wo vorallem Braunkohle, Steinkohle, Kupfer, Zink, und Uran abgebaut werden.

24.2.1964

RUSSLAND  
=====

Die Revolution von 1905

Der Krieg gegen Japan, die militärischen Niederlagen, die Rekrutierungen und die Verteuerungen in den Städten ließen in Russland eine Opposition heranwachsen, die den Krieg für eine grundlegende Reform des Staates ausnützen wollten.

In Petersburg hatte der junge Priester Georgij Gapon einen Arbeiterverein gegründet, der sich um die sozialen und kulturellen Belange der hauptstädtischen Metallarbeiter kümmern sollte, aber bald zu einem politischen Mittelpunkt der Arbeiterbewegung wurde. Man entwarf eine Petition um sie dem Zaren zu überreichen. In der Petition forderten sie eine Reihe politischer und sozialer Verbesserungen. Hilfe gegen Unterdrücker, Einberufung einer allrussischen, konstituierenden Versammlung aus Vertretern aller Stände, Ministerverantwortlichkeit, persönliche und öffentliche Freiheitsrechte, Abschaffung der indirekten Steuern, eine Bodenreform, Arbeiterschutzgesetze und Achtstundentag, Mindestarbeitslohn und eine obligatorische allgemeine Volksbildung auf Staatskosten.

Anfang Januar brach in Petersburg ein großer Streik aus und es bildete sich ein Zug zum Winterpalais des Zaren um ihm die Bittschrift zu überreichen. Die Menge wurde mit Schüssen auseinandergetrieben, es kam zu Gemetzeln und mehrere 100 Menschen wurden verwundet oder getötet. Dieser sog. "Blutige Sonntag" hatte der religiösen Verehrung des Zaren einen entscheidenden Stoß versetzt. Daraufhin kam es im ganzen Land zu Generalstreiks, Blutvergießen an vielen Orten, Meutereien und Attentate, auch auf Nikolaus II. Monatlang hielt sich das Moskauer Arbeiterviertel gegen die Kosaken. Die russische Intelligenz stand zu den Revolutionären und verlangte eine Verfassung. Auch fremdvölkische Gruppen verlangten nationale Freiheitsrechte (Balten, Finnen, und Polen). Lenin versuchte aus seinem Exil die Revolution zu lenken und sprach später von einer Generalprobe. Im November 1905 kehrte er zurück, aber mußte 1907 schon wieder emigrieren. Er war überzeugt, daß die Revolution in ganz Europa zum Ausbruch kommen und dann Rußland anstecken würde. S.J. Witte (Finanzminister und Ministerpräsident) warnte den Zaren vor einer Revolution und meinte die Staatsgewalt müsse auf jeden Fall an der Spitze bleiben. Er warnte vor der Sinnlosigkeit und Zerstörung einer Revolution.

Angesichts des in fast ganz Rußland herrschenden ~~WIKK~~ Generalstreiks sah sich der Zar dann gezwungen im Oktober 1905 ein von Witte verfaßtes Manifest zu unterzeichnen. Der Inhalt gewährte die Freiheit der Person, des Gewissens, des Wortes, der Versammlung und Vereine, Allgewahlrecht, und kein Gesetz ohne die Duma.

WIKK

Es entstand die erste Duma. Die Zügel der Autokratie wurden gelockert, Finnland bekam seine Sonderrechte zurück, der Grundbesitz der Krone und des Staates wurden getrennt. Die Duma bestand hauptsächlich aus Arbeitern. In Petersburg wird der im Oktober als Streikkomitee entstandene Sowjet das erste allgemeine politische Vertretungsorgan der Arbeiterschaft. Ende Dezember wird der vom Moskauer Arbeitersowjet geführte Dezemberaufstand niedergeworfen. Der erste Ministerpräsident wird gestürzt und die Duma aufgelöst. Noch einmal versuchte der Zarismus unter dem neuen Ministerpräsidenten Stolypin eine Reform von oben. Die Revolutionäre wurden verfolgt und eine Agrarreform versuchte die politische Unruhe der Bauern abzufangen. Jedoch war die ein Fehlschlag. Die zweite Duma lebte nur ganz kurz, die Regierung schloß die sozialistischen Abgeordneten aus, als die Versammlung sich dagegen verwehrte, wurde sie aufgelöst. Stolypin änderte das Wahlrecht, das nun die konservativen Gruppen sehr bevorzugte und es blieb nur noch ein Scheinkonstitutionalismus übrig. Die Revolution von 1905 war fehlgeschlagen aber nicht aufgehoben. Im Ganzen gesehen war die Revolution von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn es fehlte eine einheitliche Führung, ein Plan und ein klares Ziel. Die Regierung hatte immer wieder die Möglichkeit einzugreifen. Es blieb aber eine Unzufriedenheit und die wirkliche Revolution sollte nicht lange auf sich warten lassen.

**Literatur:**

- 1) Plätz: Auszug aus der Geschichte Seite 368
- 2) Anweiler: Die russische Revolution Seite 12 - 19
- 3) V. Valentin: Weltgeschichte II. Seite 1040
- 4) Leberg: Osteuropa und die SU (Kapitel 4)
- 5) Grundriß der Geschichte III Seite 80

Die Februarrevolution von 1917

Während des ersten Weltkrieges steigerte sich die Kritik am Zarenhof immer mehr. Diese wurden durch vorallem durch die Niederlagen an der Front durch die mangelnden Leistungen der Heeresverwaltung und vorallem durch das Fehlen einer entschlossenen Führung hervorgerufen. Dieser half Rasputin, der Einfluß auf den Zaren und die Zarin ausübte, durch Gerüchte nach. Die Schranken zwischen dem Zaren und dem Volke wurden immer unüberwindlicher. Nicht nur das Volk und die Duma sondern auch der Staatsrat protestierte gegen die herrschenden Zustände. Die Lage spitzte sich nach der Ermordung Rasputins zu, Zemstvos (der provinziellen Selbstverwaltungskörperschaften) in Moskau verboten wurden, und die Duma vertagt worden war. Dies geschah nur um eine Diskussion über das Verbot zu verhindern. Schließlich kam es Ende Februar in Petersburg zu Streiks und Straßendemonstrationen. Die Truppen die eingesetzt wurden gingen zum Teil zu der revolutionären Menge über. Die aufgelöste Duma übernahm die provisorische Regierungsgewalt. Der Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat errichtete eine provisorische Regierung. In dieser Lage dankte Nikolaus der II (1.3.) ab. Sein Bruder der Großfürst Michail übernahm den Thron. Aber am darauffolgenden Tag verzichtete auch er und somit war die Zarenmonarchie gestürzt. Nun verbreitete sich die Revolution schnell über das ganze Land aus. Die provisorische Regierung gibt ihre Grundsätze bekannt.

1) Vollamnestie für alle politischen und religiösen Vergehen.

Dedefreiheit, Pressefreiheit, Vereinigungs-Versammlungsfreiheit, Einberufung einer Konstituierenden Versammlung die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts gewählt werden soll. Wahlen zur örtlichen Selbstverwaltung und ersetzung der Polizei durch eine Volksmiliz.

In dieser Zeit war Rußland wohl das freieste Land der Welt. Die politischen Spannungen jedoch verhinderten eine demokratische Entwicklung. Die provisorische Regierung besaß in wirklichkeit gar keine Macht. Die Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten besaßen die Truppen, die Eisenbahn, die Post und den Telegraphen und somit die eigentliche Macht. Deshalb läßt sich auch das Auftreten des Bolschewismus erklären. Hier gab es vier mächtige Strömungen: die Rebellion der russischen Armee, der Zug der Bauern zu den Äckern der Großgrundbesitzer, die Forderung der Arbeiter nach höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit, und nach Kontrolle der Industrie und die Forderung der nichtrussischen Nationalitäten nach Autonomie oder Selbstständigkeit. Im ganzen gab es drei Hauptansichten zu dem Verlauf der Revolution. Die rechtsstehenden sozialistischen Gruppen forderten, daß Rußland eine Republik mit einer westeuropäischen Verfassungsreform werden sollte und daß der Krieg auf der Seite der Alliierten weitergeführt werden müsse. Auf der anderen Seite standen die Bolschewiki, die eine innere Neuerung, wie die Konfiskation der großen Güter außerdem forderten sie die Arbeiter aller Länder zu einem Feldzug gegen den Krieg auf. Zwischen den beiden Extremen befanden sich die Menschewiki.

In dieser Zeit erklärt die provisorische Regierung ihre Kriegsziele. Die Verteidigung des Vaterlandes und die Befreiung des Landes vom Feinde Rußland hat nicht das Ziel andere Völker zu beherrschen, sondern, daß es einen dauerhaften Frieden herbeiführen möchte. In Der Außenminister Miljukov fordert den Krieg bis zum entscheidenden Sieg weiterzuführen. Diese Formulierung erregt die Arbeiter und Soldaten, und der Außenminister muß zurücktreten. Nun treten die Menschewiki in die Regierung ein, und Kerenskij wird Kriegsminister. Dieser führt eine Offensive gegen die Mittelmächte und greift Galizien an, um das Prestige des revolutionären Rußlands zu heben, außerdem hofft er einen besseren Ausgangspunkt für die Friedensverhandlung zu gewinnen. Der Angriff verwandelt sich aber bald in einen Rückzug, da bei den Soldaten eine völlige Apathie gegenüber dem Krieg herrscht. Nun kommt es zu der Bauern und Arbeiter Rebellion. Diese fordern daß das Recht des Privateigentums für immer aufgehoben wird. Der Boden soll zum Eigentum des ganzen Volkes werden. Alle Bodenschätze sollen zur Nutzung des Staates übergehen. Die Arbeiter fordern Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Erzeugnisse und Kontrolle über jedes Unternehmen. Die Revolution erfaßt auch die nichtrussischen Völker. Diese fordern eine kulturelle und territoriale Autonomie, ohne den Gesamtverband des russischen Reiches aufzulösen. Die provisorische Regierung vermochte nicht den Zerfall der Staatsautorität aufzuhalten. Der bewaffnete Aufstand vom Juli wurde in Petersburg niedergeschlagen und Lenin mußte flüchten. Die Banner der Demonstranten sprachen von der Übergabe der Macht an die Sowjets und von der Beendigung des Krieges. End Juli wurde der General Kornilov zum Höchstkommmandierenden ernannt. Als dieser aber diktatorische Vollmachten verlangte, setzte Kerenskij ab. Der Marsch der Kornilovschen Truppen wurde vor Petersburg aufgehalten.

Danke

Landesdeputiertenrat

konstituierende Versammlung

Chonfiskabian

Die marxistische Menschenanschauung

Da die Grundsätze der Marxschen Anthropologie zum größten Teil auf der Hegels basieren, geben wir die zwei Grundgedanken der Hegelschen Philosophie kurz wieder.

- a) Die Entwicklung des Menschen zum selbstbewußten Geistwesen mit Hilfe der vergegenständlichenden Arbeit und
- b) die Befreiung des Menschen durch vernünftiges Begreifen und damit Vergeistigen der gesamten Wirklichkeit - vor allem auch des Staates.

Bei Marx ist ähnlich wie bei Hegel der Mensch ein Wesen, das, im Gegensatz zum Tier, sich erst zu dem machen muß, was es sein soll. Also, wie wir schon bei den zwei Hegelschen Grundgedanken gesehen haben, das arbeitende, sich durch seine eigene Arbeit produzierende Wesen. Aber diesem Entwicklungsgang stellt sich das Hindernis der Entfremdung entgegen. Im Gegensatz zu Hegel, der sagt, der Mensch erkenne sich in seiner Arbeit, behauptet Marx, daß der besitzlose Lohnarbeiter durch die Produktion (dem "Kapital") sich nicht selbst ansehen und gegenständlich werden kann, da er am Gesamtprodukt nur eine kleine Beteiligung findet. Deshalb muß ihm dieses Kapital als eine fremde Macht erscheinen, und dies ist die erste, allen anderen zugrunde liegende Form der Entfremdung. Diese Entfremdung kann nur durch die Arbeiter aufgehoben werden, die sie einst unbewußt schufen. Deshalb sieht der junge Marx in seinem Humanismus, Naturalismus und Kommunismus die unumgängliche Voraussetzung, daß die Lohnarbeit abgeschafft werden muß, wenn eine Aufhebung der Entfremdung stattfinden soll. - Aber um dieses Arbeitsbild zu erreichen, strebt Marx die absolute Disponibilität (Verfügbarkeit) und die Vielseitigkeit der Arbeiter in allen Arbeitszweigen an. D. h., er lehnt Spezialisten ab. Dieser Marxschen Denkungsart liegt der "totale, allseitige Mensch" zugrunde.

Er glaubt, daß man auf die Ursachen der Entfremdung zurückgehen muß, um sie durch Aufhebung dieser Ursachen zu überwinden. Ähnlich aus der Geschichte des Staates rührt die Entfremdung der Menschen her, weil der Staat ein Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Übrigen ist. Deswegen kann es keine konkrete Freiheit geben, solange ein Staat existiert. Mit Aufhebung der Entfremdung wird auch das herkömmliche Bild des Staates aufgehoben werden, denn eine echte Identifizierung des lebendigen, sinnlichen, arbeitenden Menschen mit der Gesellschaft ist erst dann möglich, wenn in einer klassenlosen, homogenen Weltgesellschaft alle Herrschaft des Menschen über den Menschen abgeschafft ist. Marx hält also an Hegels Freiheitbegriff fest, verlegt dessen Verwirklichung jedoch in die Zukunft. Frei sind die Menschen dann, wenn sie sich ihre Menschheit und Menschlichkeit allseitig angeeignet haben und sich daher mit der gesamten menschlichen Gemeinschaft identifizieren können. Ebenso findet sich bei Marx eine Konkretion des liberalen Freiheitsgedankens. In diesem Sinne bedeutet Freiheit frei sein von jeglichem natürlichen Zwang und aller äußeren Abhängigkeit. Eine konkrete Freiheit gibt es erst dann, wenn das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört. Es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Späre der eigentlichen materiellen Produktion. Deswegen besteht z. Zt. die eigentliche Freiheit des Menschen nur in dessen Freizeit. Also ist das wahre Reich der Freiheit, (der "Selbstzweck" des Menschen), welches aber wiederum auf dem Reich der Notwendigkeit basiert, jenseits der Arbeit, dem Reich der Notwendigkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Grundbedingung die Verkürzung des Arbeitstages.

Bernd Trümper

## Der Aufbau des Sozialismus in einem Lande

Lenin hatte erwartet, daß die Kette des Kapitalismus an ihrer dünnsten Stelle, z.B. auch in Rußland reißen könnte. Er hatte aber auch erwartet, daß sich die revolutionäre Welle dann auch auf Mittel- und Westeuropa ausdehnen würde und daß das geschulte Proletariat dieser Länder Rußland auf dem Weg zum Sozialismus unterstützen würde. Als es nun gelungen war die bürgerliche Revolution in Rußland in eine proletarische überzuführen, <sup>wurde</sup> versuchte die proletarische Revolution in den Jahren von 1917-21 im westlichen Ausland auszubreiten. Als Rußland jedoch infolge der Inventionskriege vor dem wirtschaftlichen Ruin stand, und auf ausländische Hilfe nicht mehr gerechnet werden konnte, ging Lenin zur "Neuen Ökonomischen Politik" über, d.h. er ersetzte die A<sub>1</sub> Lieferungsspflicht der Landwirtschaft durch eine sogenannte Naturalsteuer, die den Bauern genügend Produkte beließ und so einen Anreiz zur Mehrproduktion bot. Die Verbindung zwischen Stadt (Industrie) und Land war Aufgabe der NÖP-Männer, einer neuen "kapitalistischen" Schicht. Diese neue Wirtschaftsordnung nannte Lenin "Staatskapitalismus", da die wichtigsten Produktionsmittel in der Hand des Staates waren. Die neue Politik sollte eine Basis schaffen von der aus der Aufbau des Sozialismus erfolgen sollte. Gleichzeitig änderte sich auch die Außenpolitik; Rußland war nunmehr nicht länger an revolutionären Bewegungen interessiert. Die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande war schon in den letzten Schriften Lenins enthalten, in denen er schon andeutete, daß er den Weg zum Sozialismus durch Vereinigung der Bauern zu Kolchozen gehen wolle. Im April 1924 schrieb Stalin, daß zum endgültigen Sieg des Sozialismus nicht die Anstrengungen eines einzelnen Landes, zumal eines Bauernlandes wie Rußland, genügen, sondern dazu seien die Anstrengungen der Proletarier einiger Länder notwendig. Diese Formel wurde jedoch im Dezember noch mehr differenziert. Nunmehr sollte der Sieg der Arbeiterrevolution im Ausland notwendig sein, um der kapitalistischen Einkreisung ein Ende zu bereiten. Die Möglichkeit des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft für die Sowjetunion wurde nun ebenfalls bejaht. In der Geschichte der KP heißt es daß der Kapitalismus 1917 politisch geschlagen wurde sei und nunmehr die Aufgabe bestehe ihn auch ökonomisch zu vernichten, was durch die sozialistische Industrialisierung geschehen sollte.

### Literatur:

Fetscher, Von Marx zur Sowjetideologie, Seite 122,123

## Sowjetpatriotismus und großrussischer Nationalismus

Der russische Kommunismus war anfangs vorwiegend internationalistisch eingestellt. Auch nach der Oktoberrevolution änderte sich hierin nichts, Natürlich konzentrierte sich die Energie des Arbeitswillens auf den Aufbau innerhalb der Sowjetunion, aber dennoch blieb die Verbundenheit mit den ausländischen Kommunisten erhalten. Lenin und Stalin entwarfen eine freiheitliche Nationalitätenpolitik für die sowjetische Völkergemeinschaft. Der Nationalismus wurde als eine bürgerliche Ideologie abgelehnt. Der Nationalismus lenkt von den Fragen des Klassenkampfes ab, und lenkt seine Aufmerksamkeit auf nationale Fragen, also auf gemeinsame Fragen des Proletariats und der Bourgeoisie. Deshalb schafft er einen günstigen Boden für die Vertuschung der Klasseninteressen des Proletariats.

Man muß zwischen dem Sowjetpatriotismus und dem großrussischen Nationalismus scharf unterscheiden. Der Sowjetpatriotismus wird ideologisch gerechtfertigt, und zwar durch den berechtigten Stolz auf die Errungenschaft der Sowjetunion. Aber innerhalb der Sowjetunion ist das russische Volk das führende, da es die Oktoberrevolution getragen hat und führend am Aufbau des Sozialismus beteiligt war. Im Jahre 1917 ist das russische Volk das erste in der Welt, das aus der Vorgeschichte der Menschheit heraustritt und ihre wahre Geschichte, den Sozialismus beginnt. Aus dieser Tatsache heraus wird auf die qualitative Eigenart des russischen Volkes geschlossen.

Einen Höhepunkt des russischen Nationalismus bildet der bekannte Trinkspruch Stalins: "Ich trinke auf die Gesundheit unseres Sowjetvolkes und ganz besonders des russischen Volkes. Ich trinke ganz besonders auf die Gesundheit des russischen Volkes, weil es die hervorragendste Nation unter allen Nationen ist, die dem Verband der Sowjetunion angehören. Ich trinke auf die Gesundheit des russischen Volkes nicht nur, weil es ein führendes Volk ist, sondern auch, weil es einen klaren Verstand, einen festen Charakter und Ausdauer hat."

## Die Kommunistische Partei der Sowjetunion.

Lützen Baummeister  
OI<sub>6</sub>

Die KPdSU, hervorgegangen aus der Spaltung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (gegr. 1889) im Jahre 1903, hieß seit der Begründung der Sowjetunion (1923) Allunionistische Kommunistische Partei der Bolschewiki (VKPb). 1952 wurde sie in Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPSS) umbenannt. Die Mitgliederzahl wuchs von 1917 23600 Mitglieder auf annähernd 10 Mill. Mitglieder im Jahre 1961.

Die revolutionäre proletarische Partei Rußlands, die Kommunistische Partei, entstand auf der Grundlage der Arbeiterbewegung in Rußland. Sie wurde von Lenin und den sich ihm anschließenden Marxisten aufgebaut.

Die Kommunistische Partei führte und leitete den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern während dreier Revolutionen: der russisch bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905 bis 1907, der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution von 1917 und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1917.

Die KPdSU ließ und läßt sich in ihrer ganzen Tätigkeit von der Lehre des Marxismus-Leninismus leiten, der in enger Verbindung mit der revolutionären Praxis weiterentwickelt und bereichert wird.

Die KPdSU stellt die höchste Form der Klassenorganisation der Arbeiterklasse dar und leitet die Tätigkeit aller übrigen Organisationen der Werktätigen.

Die KPdSU ist die einzige politische Partei des Sowjetvolkes. Im Verlaufe des revolutionären Kampfes haben die Werktätigen alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (Kadetten, Menschewiki, Sozialrevolutionäre und andere) verlassen. Die Arbeiter und Bauern glauben, daß nur die Kommunistische Partei ihre Interessen entschlossen und konsequent vertritt. In der sozialistischen Sowjetgesellschaft, die aus Arbeitern und Bauern besteht, ist kein Raum für die Existenz mehrerer Parteien. Die Einheit der Partei soll als Hauptvoraussetzung der Kraft und Macht gelten. Die KPdSU reinigt ihre Reihen von opportunistischen, schwankenden, verbürokratisierten und von demoralisierten Elementen.

Das Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist verpflichtet: die Einheit der Partei in jeder Weise zu hüten; das gesellschaftliche sozialistische Eigentum mit allen Mitteln zu schützen und zu festigen; die für alle Parteimitglieder verbindliche Partei- und Staatsdisziplin zu wahren etc. Oberstes Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist der Parteitag, der die Rechenschaftsberichte der zentralen Organisationen entgegennimmt und bestätigt. Der Parteitag überprüft und ändert das Programm und das Statut der Partei.

Die Basis der Partei sind die Grundorganisationen. Diese verbinden die Massen der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz mit den leitenden Parteiorganen. Die Kommunistische Partei spielt die führende Rolle auf allen Lebensgebieten der Sowjetgesellschaft: auf dem Gebiete der Politik, der Wirtschaft und der Kultur. Die Partei bestimmt die Richtung, die einheitliche Linie der gesamten Tätigkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Organe. Die Partei und die Parteiorganisationen lenken die Tätigkeit des Sowjetstaates, ersetzen jedoch hierbei nicht die staatl. und gesellschaftlichen Organisationen.

Die Kommunistische Partei arbeitet die Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates aus, sie gibt dem Sowjetvolk ein wissenschaftlich begründetes Arbeitsprogramm, zeigt Ziel und Wege, dieses Programm zu erreichen, und umreißt die richtige Aktionslinie.

Die Hauptaufgaben sieht die Kommunistische Partei darin, durch einen allmählichen Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus die kommunistische Gesellschaft aufzubauen, den materiellen und kulturellen Lebensstandard dieser Gesellschaft zu heben, die Mitglieder im Geiste des Internationalismus zu erziehen und das Verteidigungspotential des Sowjetlandes zu festigen.

Literatur: "Die UdSSR" Enzyklopädie der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Herausgeber: W. Fickenscher Verlag Enzyklopädie Leipzig Seite 313-315  
Machtkämpfe u. soziale Wandlg. in d. Sowjetunion 1923-1961  
von Prof. Dr. G. von Rauch (Klett Verlag) Seite 22 + 23

Am 23. Januar 1918 erließ die Sowjetunion das Dekret über die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die in der Verfassung der UdSSR niedergelegt ist. Artikel 124 lautet: " Zum Zwecke der Gewährleistung der Wissenschaftsfreiheit für die Bürger sind in der UdSSR die Kirche vom Staat und die Schule von der Kirche getrennt. Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen und die Freiheit antireligiöser Propaganda werden allen Bürgern zuerkannt."

Entsprechend dem Dekret ist es in der Sowjetunion untersagt, durch Verfügungen die Wissenschaftsfreiheit der Bürger einzuschränken oder ihnen auf Grund der konfessionellen Zugehörigkeit irgendwelche Vorrechte einzuräumen. Jedem Bürger ist es gestattet, sich zu einer bzw. zu keiner religiösen Lehre zu bekennen, wie die Kommunisten, die im Grunde Atheisten sind. Es ist unzulässig, die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche in amtlichen Urkunden zu vermerken. Niemand darf sich unter Berufung auf seine religiösen Anschauungen der Erfüllung seiner bürgerlichen Pflichten entziehen. Vom Standpunkt des Bolschewismus aus ist die Religion eine Privatangelegenheit. Aus diesem Grunde sind auch Kirche und Staat voneinander getrennt. Die komm. Partei betrachtet die Religion als eine Ideologie, die mit Wissenschaft nichts zu tun hat und kann ihr gegenüber nicht gleichgültig oder neutral bleiben. Die Partei erzieht die Sowjetmenschen im Geiste der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus- Leninismus und führt einen ideologischen Kampf gegen die religiösen Lehren. Sie erachtet es für notwendig, unter der Bevölkerung eine breite systematische wissenschaftlich- atheistische Propaganda zu betreiben, ohne dabei die religiösen Gefühle der Gläubigen und Geistlichen irgendwie zu verletzen und sich administrativ in kirchliche Belange einzumischen.

Die materialistische und atheistische Grundlage der leninistischen Ideologie veranlaßte die Sowjetregierung, eine unmißverständlich feindselige Stellung gegenüber der Religion, den Kirchen und ihren Trägern einzunehmen.

Das Dekret von 1918 stimmt größtenteils mit den Forderungen der Kommunisten überein. Außer diesem Dekret strebten die Kommunisten danach, dem bürgerlichen Staat jede Möglichkeit zu nehmen, den kirchlichen oder religiösen Gesellschaften irgendwelche materielle oder sonstige Unterstützung zu gewähren.

An folgendem Beispiel sehen wir, dass die Anweisung von 1918 nicht immer eingehalten wurde. Z.B. wurde die Geistlichkeit verfolgt. Vor der Oktoberrevolution gab es in Rußland 123 Bischöfe und 51000 Priester. Zu diesen Zahlen ein Vergleich: 1941 waren es nur noch 28 Bischöfe und 5665 Priester.

## Der Kampf um die Nachfolge Lenins

Wolfgang

Zu Lebzeiten Lenins galt Trockij als dessen präsumptiver Nachfolger - Jahre hindurch hatte man in Rußland den Refrain gehört: Lang lebe Lenin und Trockij. Um Trockij, der in der Tat so sehr für Lenins Nachfolge prädestiniert zu sein schien, am Griff nach der Macht zu hindern, schlossen sich Zinov'ev, Kamenev und Stalin zu einem Triumvirat zusammen. Aber schon Lenin, der peinlich darauf achtete, keinen seiner Mitarbeiter als seinen Nachfolger zu benennen, erkannte schon, daß die eigentlichen Rivalen im Kampf um seine Nachfolge nur Trockij und Stalin waren. Beide Männer waren Berufsrevolutionäre. Nach der Revolution 1917 bekleidete Stalin das Amt des Volkskommissars für Nationalitätenfragen (bis 1923). Seit 1922 war Stalin der Generalsekretär der KPdSU. Trockij schloß als engster Mitarbeiter Lenins als Volkskommissar des Äußeren den Frieden von Brest-Litowsk. Seit 1918 war er Kriegskommissar, er war der Mann, der die Rote Armee organisierte. Ein später geflüchteter Sowjetfunktionär schilderte diese beiden Rivalen folgendermaßen:

Stalin wird von der okkulten Leidenschaft für die Macht verzehrt. Er will sie im geheimen genießen. Trockij ist ein Mensch, dem es um die Pose zu tun ist... Von Natur aus legt er mehr Wert auf die Form als auf den Inhalt... Er gehört auf die Rednertribüne...

Nach Lenins Tod proklamierten nun das Triumvirat Stalin, Zinov'ev, Kamenev und deren Anhänger eine kollektive Führerschaft, während sie untereinander intrigierten und sich gegen Trockij und andere "Abweichler" wandten. Es gelang Stalin, Trockij Schritt um Schritt aus seiner Machtstellungen hinauszumanövrieren. 1925 mußte er als Kriegskommissar zurücktreten, 1927 wurde er aus der Partei verstoßen und nach Kasachstan verbannt.

Im Laufe dieser Jahre mußten auch Kamenev und Zinov'ev erkennen, daß Stalin fast alle lokalen Organisationen in der Sowjetunion mit seinen eigenen Leuten besetzt hatte. Praktisch unterstanden nur noch Leningrad und Moskau der Kontrolle dieser Männer. Auf dem XIV. Parteikongreß standen sie der erdrückenden Mehrheit der Stalinleute gegenüber. Kamenev sah die Einmannherrschaft kommen und er wandte sich in seiner Rede auf diesem Kongreß gegen eine Einmannherrschaft. Aber er hatte keinen Erfolg damit, er wurde ausgepiffen. Nachdem Stalin so die linke Opposition erfolgreich bekämpft hatte, eröffnete er das Feuer gegen die sogenannten "Rechten" (Bucharin, Rykov, Tomskij). In seinen Reden vor dem Politbüro, den Präsidium der ZKK und der KPdSU stellte er die Bucharingruppe als eine "rechte Abweichung" dar, als eine Kapitulantengruppe, die nicht für die Liquidierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, sondern für deren freie Entwicklung eintritt... Stalin, der sich in seinen Werken als "nur einen Schüler Lenins" bezeichnet, reifte so nach und nach zu einem Herrscher heran, der sich nach Angaben eines seiner Sekretäre "... die alte Erfahrung orientalischer Herrscher zunutze machte und mehr als Idol, denn als Mensch zu regieren ..."

Manfred Achatz

Die "Friedensinitiative der Sowjetunion" seit 1954

Chruschtschows Rechenschaftsbericht auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 enthält seine Beurteilung der Weltlage und seine Interpretation der "friedlichen Koexistenz".

Er sagt ungefähr folgendes: ... Während das ganze Kolonialsystem des Imperialismus einer tiefgehenden Krise entgegengeht, setzt sich die Sowjetunion "getreu den Leninschen Prinzipien der friedlichen Außenpolitik" aktiv für die Minderung der internationalen Spannungen und für die Festigung des Friedens ein. Als Erfolge zählt Chruschtschow auf:

- 1) Verbesserung der Beziehungen zwischen den Großmächten
- 2) Beseitigung der Kriegsherde im Osten und die Verhinderung des Entstehens neuer Kriegsherde und Konflikte in Europa u. Asien
- 3) Regelung der Beziehungen mit einer Reihe von Staaten mit dem Ziel einer Minderung der Spannung in Europa (Jugoslawien, Staatsvertrag mit Österreich, Aufnahme dipl. Bez. mit Bonn)
- 4) Bemühungen eine kollektive Sicherheit in Europa zu erlangen (Abrüstung, Verbot der Atomwaffe, Deutschlandfrage)
- 5) Annäherungsversuche an alle Staaten, die für die Sache des Friedens eintreten
- 6) Kulturpolitischen Austausch, Entwicklung des Außenhandels, Erweiterung des Studentenaustausches...

Zu der von Chruschtschow vertretenen These vom "Leninschen Prinzip der friedlichen Koexistenz" sagt W. Leonhard:

... Die ... Lenin Zitate, die gegenwärtig von der Sowjetideologie immer wieder herangezogen werden, können keinesfalls als eine von Lenin ausgearbeitete Koexistenzdoktrin bezeichnet werden, da Lenin entweder von einem "friedlichem Zusammenleben" mit anderen Völkern sprach oder aber lediglich Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Völkern befürwortete... (Ein friedl. Zusammenleben, so sagt Leonhard, sei etwas völlig anderes als die heute von der Sowjetunion vertretene "Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung).

Am 17. Januar 1962 schreibt die Parteiamtliche PRAWDA folgendes über die Deutung des Prinzips der friedl. Koexistenz:

... Lenin ging davon aus, daß eine Koexistenz eines Landes oder einer Gruppe von Ländern, in denen die sozialistische Revolution gesiegt hat, mit der übrigen, kapitalistischen Welt eine ob-

jektive Gesetzmäßigkeit ist, die für einen längeren Zeitraum - für die Dauer der gesamten Epoche des Übergangs vom Kommunismus im Weltmaßstab - bestehen bleiben wird...

Auch noch bei anderen Gelegenheiten erwähnte Chruschtschow das Prinzip der friedl. Koexistenz und plädierte für die Anerkennung zweier Staatssysteme in der Welt.

Auf dem 21. Parteitag der KPdSU, Jan. 1959 mach Chruschtschow wieder einmal "Friedensvorschläge". Zitat:

... Die Sowjetunion ist bereit, ihre Truppen nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Polen und Ungarn abzuziehen, wo sie sich entsprechend dem Warschauer Vertrag befinden, WENN alle anderen zur NATO gehörenden Länder ihre Truppen in den Bereich ihrer Landesgrenzen zurückziehen und die in anderen Ländern gelegenen militärische Stützpunkte beseitigen. Außerdem wolle die Sowjetunion den Plan der Regierung der Volksrepublik Polen, in Europa eine "Atomwaffenfreie Zone" zu schaffen, unterstützen und in dieser Zone ebenfalls eine Beschränkung der herkömmlichen Rüstungen befürworten.

## Der Apparat heute

Eines der größten Weltprobleme zu Beginn der sechziger Jahre ist die Frage, ob Chruschtschow und sein Apparat ernstlich und für längere Zeit Frieden wünschen. Um diese Frage beantworten zu können, muß man die allgemeine Tendenz seit Stalins Tod untersuchen.

Seit Stalins Tod hat ein intellektuelles Tauwetter eingesetzt, das jeden Bewohner der Sowjetunion beeinflusst. Die Funktionäre unter der Stalin-Ära mußten ständig mit Verhaftungen und Exekutionen rechnen. Änderte Stalin seinen Kurs, dann war es lebensgefährlich von ihm abzuweichen. Heute gibt es keinen festgelegten Kurs. Dies gibt den Apparatschiks viel größere Freiheit in der Formulierung. Natürlich ist die Furcht aus dem Leben der Funktionäre nicht ganz verschwunden. Aber es ist nicht mehr die Todesangst, sondern nur die Furcht vor Entlassung oder vor Versetzung in entlegene Gebiete. Dies sind keineswegs die einzigen Änderungen. Chruschtschow arbeitet intensiv an der Entspezialisierung des Apparates. Außer Mikojan wurden alle Fachleute ausgebootet. Aber diese Fachleute wurden nicht umgebracht, sondern erhielten untergeordnete Stellen in der Regierung oder den Fabriken. Die <sup>völlige</sup> Entspezialisierung wird Chruschtschow nie ganz gelingen, da die neuen Planungschefs durch ihren täglichen Umgang mit Ingenieuren, Statistikern, Volkswirtschaftlern u. s. w. sich wieder zu Spezialisten werden. Sie lernen Tatsachen und Zahlen kennen, gewöhnen sich schnell an die Realität und werden daher oft oppositionell. Chruschtschow möchte die Staats- und Parteiführung verjüngen; und will dadurch seine Herrschaft festigen. Chruschtschow entthronte viele Landwirtschafts- und Industriemanager ihres Amtes weil sie nicht in der Lage waren die unrealistischen Pläne ihres Gebietes in die Tat umzusetzen. Das beste Beispiel hierfür ist die Absetzung Nikolai Beljajews. Dieser war der zuverlässigste Landwirtschaftsexperte Chruschtschows und außerdem der erste Sekretär von Kasachstan. Er war Chruschtschows Haupthelfer in der Neulandgewinnungskampagne. 1960 wurde er mit den unfreundlichen Worten abgesetzt: Die Freundschaft habe ein Ende, wenn jemand nicht fähig sei, seine Arbeit zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Dies geschah, weil die Neulandrepublik Kasachstan nicht genügend Getreide ablieferte. Sie konnte nicht das Soll erfüllen, dar- und 140 000 Menschen das Gebiet wegen der unerträglichen Lebensbedingungen verlassen hatten. Für diese Krise mußte Beljajew den Sündenbock abgeben.

Es ist kein Wunder, daß die jährlichen Planzahlen nicht erreicht werden. Die Arbeiter von Kollektiv- und Staatsfarmen haben das Recht ein Stück privates Land zu bebauen. Auf diesen Parzellen wurde 1959 80% aller Eier, 65% aller Kartoffeln, 49% allen Gemüses und 46% allen Fleisches des russischen Lebensmittelkonsums erzeugt.

Chruschtschow kann aber nicht alle Menschen liquidieren. Er hat erkannt, daß er von einigen Atomwissenschaftlern und Fachleuten abhängig ist. Ohne sie wäre er hilflos. Der Apparat wird auch von außen beeinflusst. Zu Stalins Zeiten war der Apparatschik vollkommen vom Westen isoliert. Er durfte keine ausländischen Zeitungen und Bücher lesen. Das hat sich heute geändert. Ein großer Teil der Funktionäre lernt Fremdsprachen und war im Ausland gewesen. Für diese Apparatschiks wird es immer schwieriger an die immer noch propagierte Lehre von der Ausbeutung der amerikanischen und britischen Arbeiter zu glauben, an den sterbenden Kapitalismus, an die westlichen Monopolkapitalisten, die ihre Arbeiterklasse skrupellos in bitterer Armut halten.

Chruschtschow muß stark gegen den Revisionismus kämpfen, denn dies ist die stärkste Tendenz. Die sowjetischen Funktionäre und Parteitheoretiker, marxistische Intellektuelle und Studenten richten ihre Politik immer mehr nach der Weltlage aus und halten nicht an den dogmatischen Verallgemeinerungen, die auf den Verhältnissen des vergangenen Jahrhunderts beruhen, fest. Die sowjetische Bevölkerung verlangt immer stärker nach einem anständigeren Leben. Aus all diesen Gründen müssen die Apparatschiks einen Krieg vermeiden. Nicht etwa weil sie besonders friedliebende Menschen wären, sondern weil ein Atomkrieg äußerst gefährlich für Chruschtschows Stellung wäre. Die Kriegsführung mit nuklearen Waffen wäre für ihn sehr gefährlich, denn wenn die zentrale Leitung durch eine A-Bombe vernichtet würde, würden sich überall Volksaufstände erheben. Chruschtschow braucht viele innen- und außenpolitische Erfolge. Er muß für einen wesentlich höheren Lebensstandard und ein weit sicheres politisches Klima sorgen, ehe die Bevölkerung für das Regime keine Gefahr mehr bedeutet. Viele Funktionäre bezweifeln, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten selbst unter friedlichen Bedingungen 1970 wirtschaftlich einholt. Aus all diesen Gründen ist der andauernde Friede die erste Voraussetzung den Siebenjahresplan zu erfüllen.

Die Teilungen Polens:

In der letzten Stunde haben wir schon darüber gesprochen, wie es zur 1. Teilung Polens kam. Zu ergänzen wäre praktisch nur noch die Gebietsaufteilung.

Durch den am 5. August 1772 von den 3 Mächten unterzeichneten Teilungsvertrag verlor Polen an:

Rußland: Polnisch - Livland, große Teile der Wojewodschaft (Regierungsbezirk) Witesbsk, den größten Teil der Wojewodschaft Polotzk und andere Gebiete - insgesamt 92 000 Quadratkilometer mit 2,6 Millionen Einwohnern - vornehmlich Nichtpolen.

Preußen: Polnisch - Preußen (Westpreußen) - außer Danzig und Thorn, Großpolen bis zur Netze - zusammen 36 000 Quadratkilometer mit 580 000 Bewohnern, in der Hauptsache Polen.

Österreich: Erhielt die Zipser Distrikte, die zu Ungarn geschlagen wurden, die halbe Wojewodschaft Krakau (ohne die Stadt), Teile der Wojewodschaft Sandomir, die ukrainische Wojewodschaft, Gebiete in Podolien und Wolhynien. Es gewann 83 000 Quadratkilometer mit 1,3 Millionen Einwohner verschiedener Nationalität.

Trotz dieser 1. Teilung war Polen immer noch dreimal größer als Preußen, größer als Spanien und fast so groß wie Frankreich, hatte aber keinen Zugang mehr zur See.

Jetzt setzten innere Reformen Polens ein. Preußen und England erklärten dem 1788 eröffneten "vierjährigen Reichstag", daß sie eine Verfassungsänderung begrüßen würden. Friedrich Wilhelm II. ermutigte die Reformisten und reichte ein preußisch - polnisches Schutzbündnis an, daß am 5. April genehmigt wurde. Nur Kaiserin Katherina II. wünschte weiterhin keine Reformen in Polen. Aber durch Friedrich Wilhelm II. Schutzbündnis fühlten sich die Reformkräfte entscheidend unterstützt und schon am 3. Mai 1791 leistete König Stanislaw August vor dem Bischof von Krakau den Eid auf die neue, reformistische Konstitution. Friedrich W. II. überschüttete Warschau geradezu mit Komplimenten, da er Polen gern als eine achtenswerte Mittelmacht sehen wollte, daß durch seine Festigkeit garantieren sollte, daß sich Öst erreich, Rußland u. Preußen nicht zu nahe kämen. Gleichzeitig beging er aber eine Unachtsamkeit, die dem Ansehen Preußens in Polen einen schweren Schlag versetzte. (Als "zuverlässiger Bundesgenosse" ließ er nämlich in Warschau anfragen, ob Polen ihm Danzig und Thorn überlassen wolle)! Rußland kämpfte zu dieser Zeit noch gegen

Schweden und die Türkei. Als aber mit beiden Mächten Frieden geschlossen hatte, ergab sich eine neue internationale Lage. Die britisch-preußischen, gegen Rußland und Österreich gerichteten Abmachungen waren gegenstandslos geworden. London, das an der Seite Berlins einen denkbaren russischen Angriff auf Polen abzuwehren gedachte, wandte sich der französischen Frage zu. Preußen sah sich isoliert und fürchtete, allein gelassen, den Zorn der Zarin. Diese ließ in Berlin durchblicken daß die Zeit für ein neues Eingreifen in Polen günstig sei. Russische Truppen beunruhigten Warschau genauso wie das plötzlich Auftretende Desinteresse Londons an seinem Schicksal und der völlige Umschwung der preußischen Politik. ...

Die Vertreter des rückschrittlichen Hochadels erkannten die Schwäche der polnischen Regierung und riefen am 24. Mai 1792 in der ukrainischen Stadt Targowice die Konföderation der Unzufriedenen und Rußlandanhänger aus. Russische Truppen zogen, um den Konföderierten den erbetenen Schutz zu gewähren auf poln. Territorium immer weiter vor und bald war halb Polen von den Russen besetzt und in der Gewalt der Konföderierten. Am 25. August unterzeichnete Stanislaw August der Zarin eine Erklärung, in der die Reformierten als "Unsinnige Neuerer" bezeichnet wurden, deren Pläne ("Staaten unterwühlende Grundsätze") verwerflich seien.

In Petersburg der preußisch-russischen Geheimverhandlungen wurden die Umrisse des neuen Teilungsplan erörtert. Preußen und Rußland gründeten ihre Haltung damit, daß in Preußen jakobinische Umtriebe die Sicherheit Preußens gefährdeten und das geheime Kräfte Maß und ~~Kraus~~ Feindschaft gegen das russische Reich verbreitet hätten. Preußen und Rußland wie auch Österreich hätten kein wirksameres Mittel zur Sicherung ihrer Interessen finden können als eine "Einschränkung der polnischen Republik in engere Begrenzung. Preußische Truppen besetzten Danzig, Thorn und Teile Westpolens, während Katherina II. sich in den Besitz des Löwenanteils am polnischen Gebiet brachte. Der polnisch-russische Teilungsvertrag wurde am 22. Juli 1793 gebilligt. Am 23. September trat dann der polnische Reichstag noch einmal zusammen. Der Teilungsvertrag der Preußen Danzig Thorn, Posen mit seinem Hinterland Großpolen, Gnesen, Kalisch und ein Teil von Masowien zubilligte wurde im polnischen Reichstag unter tiefem Schweigen verlesen. Die Kammer antwortete mit tiefem Schweigen, daß als Zustimmung betrachtet wurde.

So wurde Polen mit der 2. Teilung praktisch überrumpelt. Nach dieser Aufteilung wurde die Erregung im Land immer stärker. Aufstände brachen in Warschau, Krakau, Wilna und Posen aus. Der polnische General Kosciuszko zog mit 4 000 Mann regulärer Truppen und einer Masse Freiwilliger (meist mit Sensen bewaffneter Bauern) als Widerstandskämpfer gegen die ausländischen Unterdrücker. Polnische Teilerfolge bei Bromberg und zäher Widerstand der Warschauer Bevölkerung gegen die preußisch-russische Belagerung konnten den Ausgang des ungleichen Ringens nicht mehr beeinflussen. Am 5. November kapitulierte Warschau nach einer Intervention des Königs.

Wien, Petersburg und Berlin kamen rasch überein die polnische Frage "definitiv" zu lösen. Nachdem Stanislaw August am 25. 11. 1795 abgedankt hatte rückten am 5. Januar 1796 die Österreicher in Krakau, am 9. Januar die Preußen in Warschau ein. Der Fluß Njemen und eine Scheidelinie bis zum Bug (Nebenfluß der Weichsel) trennten jetzt Preußen von Rußland. Polen hatte aufgehört als Staat zu bestehen.

Der größte Teil Nordamerikas, das Gebiet der U.S.A. und der Süden Kanadas, liegt im Klimabereich der gemäßigten Zone.

Lange Vereisung der Wasseradern charakterisieren Alaska und die nördl. Gebiete Kanadas. Das Große Becken, zwischen den Ketten der Kordilleren eingeschlossen, leidet im Sommer unter starker Hitze und Trockenheit; sterile, unbesiedelte Wüsten bedecken größere Räume in Niederkalifornien und Nordmexiko.

Für den Klimacharakter Nordamerikas sind folgende Tatsachen von weittragender Bedeutung:

1) die Eigenart der Oberflächengestaltung, 2) der Verlauf der Meeresströmungen, 3) der Austausch zw. arktischen u. tropischen Luftmassen. Die in nordsüdlicher Richtung verlaufenden Ketten der westl. Kordilleren verhindern das Eindringen der milden, feuchten Westwinde, die insbesondere für die gemäßigte Zone charakteristisch sind. Der gesamte östl. der Gebirgsbarriere gelegene Teil Nordamerikas liegt in ihrem Wind- und Regenschatten; hier herrscht Kontinentalklima: Die Winter sind kalt und trocken. Während der Sommermonate ergeben sich im Inland wie auch an der atlantischen Küste sehr hohe Durchschnittstemperaturen. Der Austausch zwischen arktischen und tropischen Luftmassen bestimmt auch in Nordamerika ebenso wie in Nordeuropa wesentlich den Witterungsverlauf. Während der Wintermonate bringt pazifische Polarluft dem westl. Küstengebiet schneereiches mildes Wetter. Trockene Polarluft dringt im Inneren weit nach Süden vor und läßt die Großen Seen oft bis zu drei Monaten gefrieren; atlantische Kaltluft brint Neufundland und Labrador wolkiges und unbeständiges Wetter. - Da die tropische Luft wärmer und leichter ist, neigt sie dazu, an der Kaltfront aufzuzugleiten, wobei sie heftige Niederschläge über dem Südosten Nordamerikas in Form von Regen, über dem südl. Kanada in Form von Schnee hervorruft. Im zeitigen Frühjahr ist in den nördlichen Gebieten der Great Plains, in den kanad. Provinzen, der Chinook, ein warmer trockener Fallwind, von den Kordilleren kommend, von Bedeutung. - Im Sommer sind es vorwiegend tropische Luftmassen, die das Klima beeinflussen. Von einem schwachen, im Nordosten gelegenen Tief angesaugt, bewegen sich feuchte tropische Luftmassen vom Golf aus nach Norden und Nordosten. Die zunehmende Erwärmung, die sie auf ihrem Weg bis zu den Großen Seen erfahren, führt zur Bildung von Gewittern, die von reichlichen Niederschlägen begleitet sind. Dieser Situation verdankt der gesamte Osten - die atlant. Küste, das Mississippigebiet, der Raum um die Großen Seen und die Great Plains, bis weit nach Norden über den 60. Breitengrad hinaus - seine reichlichen Sommerregen. - Der kalte Labradorstrom, der an der atlant. Küste bis an Neuschottlandsküsten vordringt, wirkt stark abkühlend auf die Temperaturen des Hinterlandes und bedingt Nebelbildung und wolkiges Wetter. So ist z. B. New York im Winter mit einem Januarmittel von  $-1,60$  um fast 10 Grad kälter als das in gleicher Breite gelegene Neapel.

Das Gebiet von Niederkalifornien ist ähnlich wie die Sahara extrem trocken, die Vegetation trägt Wüstencharakter. Klima- und wetterbegünstigend wirken die relativ warmen Strömungen, der Antillen-, der Florida- und der Japanstrom.

Das Fehlen jeglicher west-östlich verlaufender Gebirgszüge hat zur Folge, das sich der Austausch polarer und tropischer Luftmassen ungehindert und mit großer Heftigkeit vollziehen kann. Besteht ein besonders starkes Druckgefälle, so dringen eisige Stürme aus Nordwesten kommend, als Northers, in Verbindung mit heftigen Schneefällen als Blizzards, zuweilen bis an die Golfküste vor. Die Temperatur kann im Verlaufe einer Stunde um 20 Grad absinken. Das entsprechende Gegenstück sind die hauptsächlich im Frühjahr auftretenden, den Taifunen Asiens ähnlichen Wirbelstürme, die Tornados. Ebenso wie die weniger heftigen, aber weit ausgedehnten Hurrikane, die an der atlant. Küste bis nach Neufundland dahinbrausen. Die meteorologischen Stationen haben einen telegraphischen Warndienst eingerichtet, der laufend über den Weg der bei ihrem Erscheinen mit einem bestimmten Namen belegten Stürme berichtet und auch über den voraussichtlich weiteren Verlauf informiert.

Harri Deutsch-Frankfurt/Main

Literatur: Das Gesicht der Erde

## Der Konflikt zwischen Nord- und Südstaaten

Der große Konflikt, der schließlich in den Bürgerkrieg von 1861-65 mündete, resultierte aus der Gegensätzlichkeit zweier grundverschiedener Zivilisationen: Des demokratischen Nordens und des aristokratisch-patriarchalischen Südens. Der Norden, der von den Ideen der persönlichen Freiheit und Gleichheit beherrscht war, konnte durch seine Industrie eine freie Arbeitsverfassung ermöglichen. Der Süden dagegen, war durch seine landwirtschaftliche Produktion auf billige Handarbeit angewiesen, und glaubte daher nicht auf die Sklaverei verzichten zu können. Durch die verschiedenen Interessen in der Zollpolitik und an der Sklavereifrage entwickelte sich das Mißtrauen der Südstaaten gegen den Norden.

1852 kam es <sup>wegen der Zollfrage</sup> zu einem ersten Verfassungskonflikt, da der Norden eine protektionistische und der Südens eine freihändlerische Haltung einnahm. Die Gesetzgebung von South Carolina erklärte den eben vom Kongress verabschiedeten Zollltarif für null und nichtig und drohte <sup>für</sup> mit dem Fall der Gewaltanwendung mit der Sezession. Präsident Jackson wies dies zurück und drohte mit Zwang. Er sagte, daß South Carolina nicht das Recht habe den Vertrag zu brechen. Die Vereinigten Staaten seien eine Regierung, in der das ganze Volk repräsentiert ist. Eine Sezession Carolina's würde die Einheit der Nation zerstören. Sezession komme einem revolutionären Akte gleich.

Darauf beschließt South Carolina, daß jeder Staat der Union das Recht hat, wann immer er einen solchen Schritt für notwendig hält, friedlich aus der Union auszuscheiden. In der Folge wurde die Zollpolitik vorwiegend vom Süden bestimmt.

Über die Sklaverei bestanden von jeher Meinungsverschiedenheiten. Vorkämpfer des Abolitionismus waren William Lloyd Garrison und Harriet Beecher Stowe. Hauptsprecher des Südens waren, John Calhoun und George Fitzhugh.

George Fitzhugh sagte: Ein Neger ist nur ein erwachsenes Kind und muß als Kind beherrscht werden. Der Herr nimmt ihn gegenüber die Stelle des Vaters oder Vormunds ein. Der Neger ist ohne Voraussicht; er wird nicht in der Jugend für die Not des Alters ansammeln. Er würde zu einer unerträglichen Last für die Gesellschaft. Die Gesellschaft hat ein Recht, dies zu verhindern, und kann das nur, indem sie ihn häuslicher Sklaverei unterwirft. Die Negerrasse ist minderwertig gegenüber der weißen. Fitzhugh sagte, daß diese Sklaverei ihn befreit von einer weit grausameren Sklaverei in Afrika und daß sie ihn christianisiert, beschützt und zivilisiert.

Abraham Lincoln war der Ansicht, daß die Regierung auf die Dauer nicht halb sklavisch und halb frei sein kann. Es wird ganz das eine oder ganz das andere werden.

Schon vor Linkolns Amtsantritt als Präsident hatten die meisten Sklavereistaaten ihre Sezession erklärt und sich als "Konföderierte Staaten von Amerika" zusammengeschlossen. Der Kriegswille war im Norden und Süden gleich gering. Wollte Linkoln die volle Unterstützung des Nordens zur Wiederherstellung der Union gewinnen, mußte er also kriegerische Handlungen des Südens provozieren. Den Anlaß gab Fort Sumter im Hafen von Charleston, South Carolina, dessen Besatzung von Unionstruppen nur knappe Munitions- und Proviantsvorräte besaß.

In einem Brief sagte Linkoln: "Ich wollte die Union erhalten. Ich wollte sie auf dem kürzesten Weg unter der Verfassung erhalten. Was ich in bezug auf die Sklaverei und die farbige Rasse tue, tue ich, weil ich glaube, es helfe die Union zu erhalten; und was ich unterlasse, unterlasse ich, weil ich nicht glaube, es würde die Union zu erhalten helfen."

Eine versöhnliche Politik der Befriedung der besiegten Südstaaten im Geiste Linkolns wurde durch seine Ermordung und den Wahlsieg des radikalen Flügels seiner Partei (1866) einerseits und die halbstarrige Unbelehrbarkeit vieler Weiser in den Südstaaten andererseits abgeschnitten.

England und der II. Weltkrieg !

Mit der englischen Kriegserklärung vom 3. September 1939 begann der Krieg zwischen England und Deutschland. Obwohl England sich den Folgen eines II. Weltkrieges bewußt war und alles versuchte ihn zu verhindern, mußte es in den Krieg eintreten, da es durch ein Bündnis mit Polen dazu verpflichtet war. Als Deutschland den Krieg gegen Frankreich begann, sandte England 4 Divisionen nach Frankreich zur Unterstützung. Dies war jedoch wie Churchill selbst sagte, mehr ein symbolischer Beitrag. Von Frankreich angeforderte Hilfe in Form von Luftwaffe, wurde von Churchill mit der Begründung abgelehnt, daß die entscheidende Stunde noch nicht da wäre und es das I. Ziel sei, England schlagkräftig zu halten. Die Unterstützung Frankreichs durch das englische Expeditionskorps hätte beinahe zu einer völligen Katastrophe geführt. Es war Englands Glück, daß Hitler die deutschen Panzerverbände 2 Tage vor Calais festhielt, sodaß es den Engländern, unter Einsatz aller verfügbarer Transportmittel, gelang, den größten Teil ihrer Truppen und Teile der franz. Armee von Dünkirchen aus über den Kanal zu retten. So blieb, von großen Materialverlusten abgesehen, doch der Kern des britischen Heeres erhalten. Gestützt auf eine starke Flotte und eine zahlenmäßig geringe, aber leistungsfähige Luftwaffe, organisierte Churchill den raschen Ausbau der Küstenbefestigungen und den Einzug aller wehrfähiger Männer zum Wehrdienst. Churchill war entschlossen, falls die deutschen Truppen in England landeten und es besetzten, den Krieg notfalls auch von den Dominien, vor allem von Kanada aus, fortzusetzen. Seit Mitte Juli 1940 ließ Hitler tatsächlich diese Landung vorbereiten. Anfang August begann die deutsche Luftwaffe ein Bombardement engl. Flughäfen und Industrieanlagen, das nach britischen Gegenangriffen auf Berlin im Sept. auch auf britische Städte ausgedehnt wurde. Doch die "Schlacht um England" brachte nicht den gewünschten Erfolg. Deutscherseits hatte man die Stärke der brit. Jagdwaffe und die Wirkung der Bombenangriffe überschätzt, auch hatte man nicht mit der Existenz eines britischen Radarsystems gerechnet. Wegen hoher eigener Verluste und da die engl. Abwehr nicht wesentlich geschwächt war, mußte der Plan einer Invasion aufgegeben werden. Da England vom I. Kriegstag an eine Blockade Deutschlands begonnen hatte, versuchte Hitler nun seinerseits das engl. Mutterland von seinen Zufahren abzuschneiden und es dadurch nieder zu ringen. Hierzu setzte Hitler seine Großkampfschiffe und die U-Bootwaffe ein. Trotz erheblicher Verluste in der engl. Schifffahrt und empfindlicher Störungen im engl. Wirtschaftsleben konnte Deutschland, England keineswegs an der Fortsetzung des Krieges hindern. Durch die schweren Verluste bei Dünkirchen und im Luftkrieg war England gezwungen die Amerikaner um Waffenhilfe zu bitten, die sie auch gewährt bekamen. Es entstand das ~~Kriegs~~ Leih- und Pachtgesetz bei dem England nur verpflichtet mußte alle gelieferten Waffen wieder zurückzuerstatten. ( 27. Sept. 1940)

1941 verkünden Roosevelt und Churchill die Atlantikcharta. Eine gemeinsame Erklärung beider Länder, daß sie nicht nach territorialen Vergrößerungen streben, daß die Menschen- & Völkerrechte geachtet werden sollen.

Am 8. Dez. 1941 erklären England und USA, Japan den Krieg. In Afrika gelingt es den brit. Truppen unter Montgomery (1942) die Deutschen und Italienischen Verbände zum Rückzug zu zwingen und

und hierdurch den Grundstein zur späteren Vernichtung des deutschen Afrikakorps zu legen. ( Mai 1943)

Am 14.-26. Jan. 1943 findet in Casablanca eine Konferenz zwischen Churchill und Roosevelt statt. Sie besprechen ~~zuerst~~ die Durchführung einer Landung in Südeuropa und einigen sich, die bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte zu fordern. Am 10. Juli erfolgt dann die Landung der Alliierten in Sizilien. Über die Landungen im Westen einigen sich Churchill, Roosevelt und Stalin auf der Konferenz von Teheran. ( Nov. 1943 ) Sie erfolgte dann am 6. Juni 1944 in der Normandie. Kurz vor Ende des Krieges, treffen sich Churchill, Roosevelt und Stalin noch einmal in Jalta ( 4-11. Febr. 1945 ), um das endgültige milit. Vorgehen, sowie Besetzung, Kontrolle und Reparationen des besiegten Deutschlands festzusetzen.